



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 3/2015

9. Jahrgang
ISSN 1869-1684



BERLIN UND PEKING

Partner mit Widersprüchen

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK

Last der Verantwortung

PARLAMENTS BETEILIGUNG

Immer mehr Aufsichtspflichten?

30 JAHRE BUNDESVERBAND

SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

Happy Birthday, BSH!

»Veränderungen
begünstigen nur den,
der darauf
vorbereitet ist.«

Louis Pasteur

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe des *ADLAS* ist uns eine Herzensangelegenheit, denn sie ist unser Geschenk an einen ganz besonderen Jubilar: Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) wird 30! Das *ADLAS*-Team gratuliert aus diesem Anlass allen Aktiven und Ehemaligen sowie allen Unterstützern, Förderern und Wegbegleitern ganz herzlich mit dieser Sonderausgabe.

Gegründet im Jahr 1985, damals noch als »Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten«, ist der Verband mittlerweile über seine Hochschulgruppen, Seminare, Akademien und Exkursionen Plattform, Netzwerk und Forum für alle – auch zivile und »ungediente« – Studierenden mit Interesse an Außen- und Sicherheitspolitik. Und er ist dabei sehr erfolgreich.

Ohne den BSH gäbe es auch den *ADLAS* nicht. Denn der erschien als »Aktualisierter Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« vor acht Jahren das erste Mal – als ehrenamtliche Initiative der damaligen Dresdner Hochschulgruppe. Seither hat sich auch bei uns einiges verändert: »Studierende Reservisten« gibt es in der Redaktion kaum noch, dafür engagieren sich immer mehr »Ungediente« und seit 2013 fungiert sogar ein ehemaliger Zivildienstleistender als Herausgeber.

Trotz aller Veränderungen ist jedoch sowohl beim BSH als auch beim *ADLAS* das gemeinsame Ziel gleich geblieben: die akademische und gesamtgesellschaftliche Debatte über außen- und sicherheitspolitische Themen zu führen und zu

fördern. Die traditionell enge Kooperation zwischen *ADLAS* und BSH hat sich dabei für beide Seiten als äußerst fruchtbar erwiesen: Viele Redakteurinnen und Redakteure kommen aus dem Verband und Mitglieder der Hochschulgruppen stellen einen großen Teil unserer Leserinnen und Leser.

Vor allem aber nutzen sie als Autorinnen und Autoren sehr rege das von uns bereitgestellte Medium, um mit ihren Beiträgen im *ADLAS* die Perspektiven des akademischen Nachwuchses in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen. Und das soll auch in Zukunft so bleiben.

In diesem Sinne: Auf die nächsten 30!

INHALT

JUBILÄUM

- 6 GRUSSWORT des Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr **Roderich Kieseewetter**
- 8 GRUSSWORT des Vorsitzenden des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen **Leonard Wessendorff**
- 10 GRUSSWORT des Geschäftsführers des Fördervereins Sicherheitspolitik an Hochschulen **Richard Goebelt**
- 12 STUDIERENDE RESERVISTEN: **Ein Anfang im Streit**
von Stefan M. Knoll
- 15 STUDIERENDE RESERVISTEN: **Neuer Name und neue Ausrichtung**
von Björn Peter Kilian
- 16 HOCHSCHULARBEIT RESERVISTEN: **»Jenseits des Mainstreams: Sowas ist wichtig«**
Marc Cieszewski im Interview

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 34 POLITIKWANDEL: **Deutsche Sicherheitspolitik in einer Zeit regionaler Instabilitäten**
von Stephan Böckenförde
- 40 ÖFFENTLICHKEIT: **Von der Verteidigung zur Intervention – und zurück?**
von Heiko Biehl
- 46 NEULAND: **Last der Verantwortung**
von Karl-Heinz Kamp
- 62 MORAL: **Untrennbares**
von Gerhard Arnold
- 66 GENDER: **Alter Affe Gruppendenken**
von Sylke Tempel
- 74 BESCHAFFUNGSWESEN: **Rüstungsträume**
von Otfried Nassauer
- 80 OSTASIEN: **Partner mit Widersprüchen**
von Sven Bernhard Gareis



20

PARLAMENTS BETEILIGUNG:
Das Hohe Haus und die Verteidigung

Jan van Aken, Agnieszka Brugger,
Wolfgang Hellmich und Henning Otte



52

AFGHANISTAN:
Dranbleiben!

von Winfried Nachtwei



70

KOMMUNIKATION:
Von Pressearbeit und Presseabwehr

von Thomas Wiegold

Lieber BSH,

herzlichen Glückwunsch zum 30-jährigen Bestehen! Danke für Ihr großartiges Engagement!

Die Entwicklung Ihres Verbandes spiegelt die sicherheitspolitische Entwicklung unseres Landes wieder. Entstanden ist er aus einer studentischen Initiative, der »Bundesarbeitsgemeinschaft studierender Reservisten«, die fast ausschließlich aus Reservisten an – damals natürlich nur westdeutschen – Universitäten bestand. Auslöser war der Nato-Doppelbeschluss, die Aufrüstung der Nato gegen die Bedrohung durch den Warschauer Pakt. Die Studenten jener Zeit haben erreicht, dass diese sicherheitspolitischen Entwicklungen im akademischen Umfeld diskutiert werden. Zu jener Zeit ein nicht einfaches Unterfangen – gewaltsame Auseinandersetzungen an den Hochschulen waren leider an der Tagesordnung.

Während die Gemengelage vor 30 Jahren noch relativ klar und übersichtlich er-

schien, ist heutzutage eine starke Fragmentierung von sicherheitspolitischen Herausforderungen zu beobachten. Es geht nicht mehr primär um militärische Konfrontationen *per se*, sondern auch um die Folgen der Globalisierung, von Umweltveränderungen, von innerstaatlichen Konflikten mit all Ihren Nebenerscheinungen und vieles mehr.

Besonders fordernd und die größte Herausforderung nach der Wiedervereinigung ist der Flüchtlingsstrom nach Europa. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Herausforderung anzunehmen und erfolgreich zu bewältigen. Der Reservistenverband trägt seinen Teil in Form der Unterstützung der aktiven Truppe bei, auch Mitglieder von Ihnen sind aktiv dort tätig. Vielen Dank dafür!

Auf die Vorzeichen möglicher Veränderung haben Sie reagiert und sich vor zehn Jahren in »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen« umbenannt. Zu



Roderich Kiesewetter

ist Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.

einer Zeit also, als die Aussetzung der Wehrpflicht noch nicht beschlossen war. Durch Ihre Veränderung haben Sie nach außen signalisiert, dass Sie den vernetzten Ansatz stärker in den Vordergrund rücken und den BSH auch für Ungediente öffnen. Dies war ein sehr wichtiger Schritt. Der heutige Anteil an Reservisten unter den Studierenden ist weitaus geringer als zu Zeiten der Wehrpflicht. Der mögliche Kontakt zu den Streitkräften kommt oftmals erst nach Ende der akademischen Ausbildung.

Viele Studentinnen und Studenten kommen im Rahmen von BSH-Seminaren erstmals mit der Bundeswehr und der Reserve in Berührung. Dieser Austausch ist für beide Seiten eine Bereicherung und erweitert auch ganz nebenbei das Netzwerk der jeweiligen Seminarteilnehmer. Damit tragen Sie aktiv und erfolgreich zur Mittlerrolle des Reservistenverbandes bei.

Ermutigen möchte ich Sie, sich weiter in die sicherheitspolitische Diskussion aktiv einzubringen. Tragen Sie die Diskussion in die Gesellschaft! Allein die Themen Ihrer diesjährigen Seminare, wie zum Beispiel »Festung Europa – die sicherheitspolitische Dimension von Migration« vom Februar oder das Seminar »Wirtschaft & Sicherheit – Schwerpunkt Privatisierung von Sicherheit«, zeigen, dass Sie am Puls der Zeit agieren.

Nach nunmehr 30 Jahren tragen sie wesentlich zur akademischen Diskussion über die Sicherheitspolitik bei, worüber ich sehr dankbar bin. Bleiben Sie dran, auf die Unterstützung des Reservistenverbandes können Sie vertrauen! ...

Ihr

Roderich Kiesewetter

Liebe Studierende, liebe Freunde,

der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen besteht nun seit 30 Jahren. Ganz besonders danken wir dem Reservistenverband, der einen großen Anteil daran trägt, dass der BSH sein 30-jähriges Bestehen feiern kann. Als verlässlicher Partner, mit großem Vertrauen und Wohlwollen, hat er den BSH stets unterstützt. Mich selbst begleitet der BSH seit sechs Jahren, und ich möchte die Entwicklung dieser Zeit aus meiner ganz persönlichen Sicht schildern.

Mein Wehrdienst war zwei Jahre vergangen und in den Tiefen des Jurastudiums angekommen; ich suchte nach einer Möglichkeit des Engagements und der Abwechslung. Schließlich trat ich in die Laufbahn der Reserveoffiziere ein. Während meiner Übungen erlebte ich, wie Kameraden in Auslandseinsätze geschickt wurden. Dadurch fing ich an, mich verstärkt für die politischen Zusammenhänge zu interessieren.

Zurück im Studium wollte ich mich mit diesem Bereich stärker beschäftigen. Schließlich wurde ich auf die Hamburger Hochschulgruppe des BSH aufmerksam und nahm 2009 erstmals als Gast an einer Bundesversammlung teil. Als die Versammlung endete, verließ ich diese mit gemischten Gefühlen: Zum einen konnte ich mich in Gänze mit den Zielen des Verbandes identifizieren und war erstaunt über die Möglichkeiten, die sich boten.

Zum anderen merkte ich aber auch eine Zerrissenheit: Während sich einige Hochschulgruppen der breiten Studierendenschaft geöffnet hatten, waren andere Hochschulgruppen in alten Strukturen gefangen.

Um zu verstehen, was ich damit meine, muss man die Entwicklung des BSH verstehen. 1985 als »Bundesverband Studierender Reservisten« gegründet, stand die Gruppierung damals noch unter anderen Eindrücken. Die starke Politisierung der Gesellschaft, als Reaktion auf den Nato-Doppelbeschluss, hallte noch nach und die Annäherung von Ost und West stand, mit dem gerade ins Amt gekommenen sowjetischen Staatschef Michael Gorbatschow, noch ganz am Anfang. Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes änderten sich langsam die Bedingungen für den BSR. Das zeigte sich deutlich 2005 mit der Umbenennung in »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen«. Der neue Name sollte Ausdruck einer Öffnung des Verbandes sein.

Bei meiner ersten Bundesversammlung 2009 war die Öffnung schon spürbar, aber scheinbar noch nicht in der Breite vollzogen. Die Hochschulgruppe, der ich in Hamburg angehörte, war Teil einer Reservistenkameradschaft, die sich im Schwerpunkt der militärischen Aus- und Weiterbildung widmete und für die Sicherheitspolitik nur

ein Nebenthema war. Nähe zur Universität hatte man nur begrenzt und man traf sich hauptsächlich im kleinen Kreis.

Mit meinem Studienortwechsel nach Münster ein Jahr später wechselte ich auch die Hochschulgruppe. Der Name der dortigen Gruppe war vielversprechend – »Arbeitskreis Sicherheitspolitik der Universität Münster« (ASIUM). Die erste Veranstaltung, die ich dann beim ASIUM besuchte, fand im Offiziersheim der Lützow-Kaserne in Münster-Handorf, fünf Kilometer entfernt vom Campus statt. Ich betrat den großen, holzvertäfelten Festsaal des Offiziersheims: Bei Schnitzel und Bier saßen fünf Mitglieder der Gruppe in geselliger Runde und begrüßten mich herzlich. Ein ehemaliger Fremdenlegionär trug vor und berichtete von seinen Erlebnissen. Es war ein ausgelassener, gemüthlicher, im positivsten Sinne kameradschaftlicher Abend – nur mit dem sicherheitspolitischen Diskurs an Hochschulen hatte dies wenig gemein.

Mit Unterstützung der meisten Mitglieder der Gruppe vollzogen wir in den kommenden zwei Jahren den Wandel. Wir veranstalteten Vorträge und Diskussionsrunden in Seminarräumen der Universität und suchten den Kontakt zu Fakultäten, Uni-Verwaltung und anderen Institutionen. Über die Zeit entstand eine engagierte Gruppe, deren stärkstes Pfund die Viel-

schichtigkeit ihrer Mitglieder war und heute noch ist.

Viele Hochschulgruppen haben einen ähnlichen Wandel vollzogen und neue Gruppen entstehen wie selbstverständlich aus der Mitte der Studierenden. Öffnung ist mittlerweile kein Ansatz mehr, der noch umgesetzt werden muss, sondern unlängst Realität.

Der Weg dahin war nicht immer leicht und auch mit Kritik verbunden; er war ein Wechselspiel, in dem Dachverband und Hochschulgruppen Impulsgeber des jeweils anderen waren. Dem gesamten Prozess lag aber die Überzeugung zu Grunde, dass der Sicherheitsbegriff ein umfassender ist und die Auseinandersetzung mit Themen aus diesem Bereich interdisziplinär geführt werden muss.

Obwohl sich die meisten Studiengänge verkürzt haben, sind das Interesse und die Bereitschaft sich einzubringen unter den Studierenden ungebrochen. Wir möchten dies in Zukunft noch stärker fördern und stehen jedem Studierenden offen. Vielseitigkeit und Offenheit sind der Schlüssel zum differenzierten Diskurs, dessen Forum der BSH an den Hochschulen, auf dem Feld der Sicherheitspolitik, geworden ist. ...

Euer

Leonard Wessendorff



Leonard Wessendorff

ist Vorsitzender des Bundesverbands
Sicherheitspolitik an Hochschulen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

es waren junge und freie Geister im demokratischen Sinne, die bereits in den 1960er Jahren nach Möglichkeiten und Spielräumen an Universitäten und Fachhochschulen für eine Debatte über die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik suchten. Seit 1985 kann dieses Engagement im heutigen »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen« stattfinden.

Im Lauf der 30 Jahre seiner Entwicklung hat sich das Gesicht des BSH vielfach verändert, wie auch die Sicherheitspolitik einem mehrfachen fundamentalen Wandel unterlag. Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch der UdSSR und der schnelle Aufstieg Chinas und anderer Schwellenstaaten, sowie die Globalisierung von Wirtschaft, Technologie und elektronischer Kommunikation haben die Komplexität von Sicherheitspolitik deutlich erweitert. Der Zusammenbruch staatlicher Ordnung in manchen Weltregionen und das Auftreten neuer nichtstaatlicher

Akteure haben traditionelle Vorstellungen sicherheitspolitischer Konfliktlösungen in Frage gestellt. Das anhaltende Wachstum der Weltbevölkerung, die notwendige politische Einbindung islamisch regierter Staaten und der Klimawandel markieren zudem die globalen Herausforderungen von Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert.

Die Hauptaufgaben des Verbandes – die Vermittlung einer sicherheitspolitischen Allgemeinbildung und die Förderung des sicherheitspolitischen akademischen Nachwuchses – hat er kontinuierlich verfolgt und ausgebaut. Aber auch wenn das Interesse an aktuellen und praktischen sicherheitspolitischen Fragestellungen unter Studentinnen und Studenten deutlich gestiegen ist, bleibt eine konstruktive sicherheitspolitische Debatte in Deutschland schwierig. »Sicherheitspolitik« leidet grundsätzlich an einem Vermittlungsproblem und ist für viele Menschen, wenn



Richard Goebelt

ist Geschäftsführer des Fördervereins
Sicherheitspolitik an Hochschulen.

nicht ein negativ besetztes Wort, so doch zumindest eine *black box* und im hohen Maße Expertenkommunikation.

Dabei sollte öffentliche Kommunikation über Risiken und Bedrohungen künftig noch stärkerer Bestandteil sowohl reaktiver als auch proaktiver Sicherheitspolitik sein. Einerseits vermittelt sie Informationen zwischen sicherheitspolitischen Akteuren und Bürgerinnen und Bürgern, andererseits entfaltet sie einen eigenständigen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit sowie auf die Gestaltung des Politikfeldes. Der BSH bietet dabei heute vor allem jungen Menschen Raum für einen intensiven und parteiübergreifenden Diskurs zur Sicherheitspolitik und kann so auch an einem besseren, konstruktiveren und stetigen Dialog jenseits der Tagespolitik mitwirken.

Frei nach dem Motto Karl Jaspers', »Ich bin nur mit dem anderen, allein bin ich nichts«, ermutigt der »Förderverein Si-

cherheitspolitik an Hochschulen« alle Studentinnen und Studenten, auch die nächsten 30 Jahre einen öffentlichen Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Interesse einer kreativen Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Debatte zu führen. Die Stimme des BSH wollen wir in diesem Konzert auch künftig deutlich vernehmen! ...

Euer

Richard Goebelt



Ein Anfang im Streit

von Stefan M. Knoll

Vor dreißig Jahren debattierte die Bundesrepublik über den Sinn und Unsinn von Nachrüstung und Abrüstung. Mitten im Kalten Krieg plädierten Studenten dafür, kühlen Kopf zu bewahren, und gründeten ein Gegengewicht zur totalen Ablehnungsfront in Westdeutschland gegen den Nato-Doppelbeschluss.



Tausende demonstrierten im Oktober 1983 in Bonn gegen die Stationierung von US-Raketen des Typ »Pershing II«. Auch Bundeswehrsoldaten waren dabei – trotz dienstlichen Verbots.

Das Jahr 1979 an westdeutschen Hochschulen war beherrscht von der äußerst heftigen Diskussion um den bevorstehenden Nato-Doppelbeschluss. Ein Angebot an den Ostblock für Abrüstungsverhandlungen verknüpfte das atlantische Bündnis mit der Nachrüstung durch die Stationierung von amerikanischen Pershing-II-Nuklearraketen in Westeuropa – als Antwort auf die von der Sowjetunion geschaffene Bedrohung mit der Indienststellung moderner taktischer Atomwaffen, Raketen vom Typ »SS-20«. Die politische Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des Beschlusses, die auch vor einer so »braven« Universität wie der in Augsburg nicht Halt machte, dominierten insbesondere linke Gruppen, oder haben es zumindest versucht. Heute wissen wir, was damals schon möglich schien: dass von Seiten der DDR nicht unerheblicher Einfluss auf die westdeutsche Debatte ausging, auch finanzieller Art.

In dieser hitzigen Zeit des Kalten Krieges gründeten Andreas Ellmaier und ich, beide als studierende Reserveoffiziere Mitglieder des »Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr«, zusammen mit Markus Reck, Fördermitglied des VdRBw, die »Hochschulgruppe Reservisten Uni Augsburg«, kurz RUA.

Wir traten mit unserer Hochschulgruppe erstmalig 1980 mit Flugblättern in Erscheinung. In der Folge organisierten wir Podiumsdiskussionen über den Doppelbeschluss und begleiteten von Dritten organisierte Veranstaltungen, für die die RUA Diskussteilnehmer stellte oder hochkarätige Referenten aus dem sicherheitspolitischen Umfeld vermittelte. Die Gruppe wuchs schnell um einige weitere Reserveoffiziere, während die Studentinnen und Studenten in Augsburg sich schrittweise an die Existenz der RUA und unsere Stellungnahmen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen gewöhnten.

Werner Sulzenbacher, damals Bezirksvorsitzender des Reservistenverbandes in Schwaben und auch Vizepräsident des VdRBw, erkannte früh das Potential von Reservisten-Hochschulgruppen für die

+

sicherheits- und verteidigungspolitische Debatte und regte die Gründung einer eigenen Landesgruppe in Bayern an. In der Folge gründeten sich rasch Hochschulgruppen vergleichbarer Art in Erlangen und Passau.

Ganz unabhängig davon – aber mit den gleichen Beweggründen in der Debatte um den Nato-Doppelbeschluss – hatte Chris-

ten Aufbauarbeit von Christian und der tatkräftigen Unterstützung, insbesondere aus der Landesgruppe Bayern des Reservistenverbandes, konnten wir die Grundlage dafür legen, dass sich aus diesem zarten Pflänzchen eine veritable Organisation entwickelte, die heute eine feste Größe in der sicherheitspolitischen Debatte an den deutschen Hochschulen ist.

Die Motivation zur Gründung spiegelte sich in Augsburg und Bielefeld.

tian Faul 500 Kilometer entfernt die »Hochschulgruppe Reservisten Uni Bielefeld« gegründet. Ein Zusammenschluss der verschiedenen Gruppen auf Bundesebene schien uns allen als nächster logischer Schritt nahezuliegen. Christian und ich verabredeten uns schließlich 1983, um das zu besprechen – und weil es für Studenten keine Fahrtkostenerstattung durch den Reservistenverband gab, schloss er sich seinem Großvater an, der für eine Dienstreise nach München fahren musste, um mich kennenzulernen.

Schnell waren wir uns einig. Am erfolgte 30. März 1985 die konstituierende Sitzung der »Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten« in der Sanitätsakademie in der Münchner Ernst-von-Bergmann-Kaserne. Professor Armin Steinkamm, zu der Zeit Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Bundeswehruniversität München und eines der Gründungsmitglieder dieser Hochschule, moderierte die Gründungsveranstaltung; er leitete danach auch das erste »ordentliche« Treffen der Hochschulgruppen.

Christian Faul wurde der erste Bundessprecher, seine Stellvertreter Peter Renner und der inzwischen leider verstorbene Arnold Theuke. Nach der unermüdli-

chen Verteidigungsminister Manfred Wörner hatte die Mitglieder der RUA seinerzeit noch in Bonn empfangen, um uns seinen Dank und seine Anerkennung für die sicherheitspolitische Arbeit in schwierigem Umfeld auszusprechen. Mir, stellvertretend für die Gruppe, wurde dabei die Ehre zuteil, von Wörner das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Bronze verliehen zu bekommen. Zu guter Letzt führte unsere Zusammenarbeit von damals Christian und mich noch einmal zusammen, als wir beide 2011 zu Vizepräsidenten des VdRBw gewählt wurden. ...

Dr. Stefan M. Knoll studierte von 1979 bis 1986 in Augsburg Rechtswissenschaften. Zuvor war er 1978 als Wehrpflichtiger in die Bundeswehr eingetreten und wurde 1981 Reserveoffizier.

Er ist heute Vorsitzender des Vorstandes der DFV Deutsche Familienversicherung AG.

Neuer Name und neue Ausrichtung

von Björn Peter Kilian

Mit dem Wechsel von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin verlagerte sich auch die Sicherheitspolitik an die Spree. Eine Organisation mit dem Kürzel »BSR« war dort bereits gut bekannt – die Berliner Stadtreinigung. Neben dieser zufälligen Überschneidung gab es Anfang der 2000er Jahre allerdings eine Vielzahl anderer und wichtigerer Gründe für die Reform des damaligen Bundesverband studierender Reservisten (ebenfalls »BSR«). Mit dem Einzug des »Erweiterten Sicherheitsbegriffs« in Politik und Wissenschaft ließen sich sicherheitspolitische Debatten nicht mehr im engen militärischen Umfeld führen. Durch Wandel und Reduzierung der Bundeswehr waren immer weniger studierende Reservisten an Hochschulen zu finden und der weit geöffnete fachliche Horizont führte viele Ungediente in die Hochschulgruppen. Nach hitzigen Debatten war die Umbenennung in »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen« schließlich der Höhepunkt der 20. BSR-Bundesversammlung in Berlin am 26. November 2005. Christian Schmidt, damals Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, lieferte hier – in seiner Jungfernrede als Staatssekretär nur Stunden nach seiner Ernennung – wichtige

Hilfe auf den letzten Metern, galt es doch große Skepsis bei den Vertretern der traditionellen Reservistenarbeit zu überwinden.

Begonnen hatte der Umbau jedoch bereits 2003 auf der 18. Bundesversammlung mit personellem Neuanfang und einem neuen Drei-Säulen-Konzept: 1. Verstetigen der sicherheitspolitischen Bildungsarbeit durch die neue »Grundakademie« und Ausbau der thematischen Seminare. 2. Mehr wissenschaftliche Präsenz mit der Etablierung der Schriftenreihe »Wissenschaft & Sicherheit«. 3. Öffnung zu Politik und Gesellschaft durch Wegfall der Sonderrolle als Reserveorganisation und die Umbenennung. Ausdruck dieser neuen Unabhängigkeit war dabei auch die Gründung des Fördervereins Sicherheitspolitik an Hochschulen (FSH), der seither an der Seite des BSH steht.

Zehn Jahre später sind Reform und Umbenennung sicher als Erfolgsgeschichte zu sehen. Das zeigt sich auch daran, dass trotz aller einstigen Zweifel viele Skeptiker von damals den BSH auch heute noch unterstützen. Dafür an dieser Stelle ein großer Dank! •••

Björn Peter Kilian (rechts)
und Christian Schmidt 2005 in Berlin



Björn Peter Kilian war von 2003 bis 2005 Bundessprecher des BSR. Er ist Gründer und Reihenherausgeber der Schriftenreihe »Wissenschaft & Sicherheit« und stellvertretender Vorsitzender des FSH e.V.



Marc, Du bist seit 18 Jahren dabei: Wie hat sich der BSR beziehungsweise BSH entwickelt und was waren einschneidende Ereignisse?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten war vor allem eine studentische Reservistenvereinigung, auch wenn es vereinzelt ungediente Mitglieder und Interessierte gab. Bei der Vernetzung untereinander stand die Bundeswehr im gemeinsamen Fokus der Mitglieder, die so auch sicherheitspolitische Themen aufgegriffen und diskutiert haben.

Diese Struktur veränderte sich im Laufe der Zeit. 2005 wurde die BSR zum BSH, was nicht ganz unproblematisch ablief. Von da an präsentierte der Name des Verbandes auch nach außen, was er schon war: eine Vereinigung für sicherheitspolitisch interessierte Studenten. Der Wegfall der Wehrpflicht 2011 tat in der Entwicklung ihr Übriges, denn mittlerweile ist der Anteil der Gedienten im BSH erheblich geringer als zu BSR-Zeiten.

Und was heißt das in Bezug auf die Mitglieder?

»Jenseits des Mainstreams: Sowas ist wichtig«

Interview: Wladlena Olesch

Marc Cieszewski ist im Reservistenverband für alle Angelegenheiten in Bezug auf den BSH verantwortlich. Er blickt zurück auf 13 Jahre ganz und gar nicht-alltägliche Sacharbeit.

Da es keine formale Mitgliedschaft gibt, ist es schwer eine genaue Zahl der »Mitglieder« zu nennen. Im Großen und Ganzen hat sich in den letzten Jahren nicht viel verändert, die Tendenz ist aber glücklicherweise positiv geblieben. Die Aktivitäten der einzelnen Gruppen schwanken selbstverständlich, es hängt im Wesentlichen von dem Engagement der Handelnden ab.

Was sich verändert hat, wie schon angedeutet, ist die Struktur der Mitgliedschaft. Die Absicht, sich zu vernetzen und untereinander auszutauschen, war in den An-

fangsjahren im Schwerpunkt durch das gemeinsame Interesse an der Bundeswehr und den eigenen Erfahrungen dort begründet. Das hatte auch Einfluss auf die Veranstaltungen mit ihren Themen. Mittlerweile ist die Hauptmotivation bei der Themensuche die sicherheitspolitische Weiterbildung. Studierende, die Reservisten sind, haben häufig einen anderen, einen differenzierten Blickwinkel auf sicherheitspolitische Themen und Entwicklungen. Zum Beispiel die Entwicklung in Jugoslawien in den 1990ern: Wegen des hohen Reservistenanteils im BSR kannte +

man immer jemanden, der auf dem Balkan im Einsatz war. So kam man an Informationen aus erster Hand. Es war durchaus spannend vergleichend zu beobachten, wie Medien und die Politik die öffentliche Meinung geprägt haben.

Einige Gegebenheiten wirkten jedoch so, als ob sie »im Elfenbeinturm« entwickelt worden wären. Theoretisch waren diese durchaus sinnvoll und nachvollziehbar, aber nicht mit der Praxis vor Ort zu

Einsatz eben. Natürlich wurde im BSH kontrovers über Afghanistan, Jugoslawien, Kosovo et cetera diskutiert. Aber wirklich prägend war kein einzelnes Ereignis oder Einsatz. Nur der Wegfall der Wehrpflicht, aber das hatten wir ja gerade. Momentan stehen Themen wie Terrorismus und der »Islamische Staat« im Fokus der Studierenden, genauso wie Migration und der »Kalte Krieg 2.0«, alles was in den Medien auch thematisiert wird. Aber es

»Ein Antrag für eine Exkursion mit integriertem Sprachkurs in Esperanto – auf die Idee muss man erst einmal kommen!«

vereinen. Zum Beispiel die Verkehrskontrollen im Kosovo nach deutschem Recht, TÜV-Vorschriften, die es untersagen, Fahrzeuge zusätzlich zu schützen, Mülltrennung im Auslandseinsatz und vieles mehr. Um ein solches Elfenbeinturmdenken nicht zu fördern, sprich einigen Wenigen das Feld der Meinungsführerschaft zu überlassen, sollte ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs geführt werden. Da kann und soll jeder was zu beitragen.

Weg von den internen Meilensteinen zu den sicherheitspolitischen Ereignissen, die den BSH beschäftigt haben. Welches war das prägendste?

Das kann man so nicht sagen – gerade in Bezug auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die ein Großteil der Bevölkerung als klassische »Sicherheitspolitik« versteht. Im Prinzip muss man bedenken, dass jede Auslandsmission für Soldaten einerseits persönlich etwas Besonderes und andererseits gleichermaßen im Allgemeinen auch etwas Normales ist – ein

gibt auch interessante Veranstaltungen jenseits des Mainstreams, wie über Energiesicherheit zum Beispiel. Auch sowas ist wichtig – und zwar kontinuierlich. Das ploppt mal kurz in den Nachrichten auf, wenn es um eine Pipeline geht, und verschwindet genauso schnell wieder in der Versenkung. Der BSH ermöglicht es den interessierten Studenten, auch mal solche Nischenthemen zu diskutieren.

Du hast im BSH viel miterleben dürfen und müssen. Und mit Studenten ist es ja nicht immer ganz einfach ...

Ja, es gab schon viele witzige Sachen, die meinen Arbeitsalltag bereichert haben und vieles, was mich fast zum Durchdrehen gebracht hat. Zum Beispiel: Ein Antrag für eine Exkursion mit integriertem Sprachkurs in Esperanto – die Völkerverständigung und die sicherheitspolitische Diskussion beflügeln mit zwei Tagen Esperantounterricht. Auf die Idee muss man erst einmal kommen! Oder weil eine öffentliche Diskussion einer Hochschulgruppe mal

gestört worden ist ein Selbstverteidigungsseminar für die Mitglieder in Krav Maga für ein paar tausend Euro. Auch nicht schlecht war, das einmal ein Kursteilnehmer mit Jolle auf Anhänger angereist war und wir der Wache erklären mussten, warum hinter dem Auto ein Anhänger mit Segelboot ist. Was immer mal wieder vorkommt, daher nur das Highlight der Kategorie: Ein Teilnehmer eines Seminars wollte seine Anreisekosten aus den USA erstattet bekommen, also mal eben für die Veranstaltung nach Berlin fliegen. Er wäre ja so ein wichtiger Multiplikator ... Wir freuen uns ja über so großes Interesse, aber...

Auf den Veranstaltungen gab es natürlich auch oft kleinere und größere Abenteuer. Vieles bleibt natürlich unter dem Mantel der Verschwiegenheit, aber mit Stichwörtern wie etwa »Rheinsubstanz« kann der ein oder andere sicher etwas anfangen.

Ein Abschlusswort und Wünsche für die Zukunft?

Natürlich wünsche ich dem BSH nur das Beste für die Zukunft. Es ist schön zu sehen, wie sich alles entwickelt hat und was schon alles veranstaltet wurde. Als Aufgabe währt für uns alle grundsätzlich fort, die Kooperation zwischen dem BSH, dem Reservistenverband und der Bundeswehr zu gestalten. Zum anderen wünsche ich mir, dass die Hochschulgruppen weiterhin die Ressourcen nutzen, die ihnen über den Reservistenverband zur Verfügung stehen: Referenten, Kontakte et cetera. Die Studentinnen und Studenten mit ihren heterogenen Interessen können viele unterschiedliche thematische Schwerpunkte setzen und es gibt Mittel und Möglichkeiten, viele Ideen in Veranstaltungen und Treffen umzusetzen. Die Mediziner haben andere Sichtweisen als die Politikwissenschaftler oder die Juristen. Ein gemeinsamer Austausch über diese Interessen kann das Wissensspektrum jedes einzelnen erweitern, jeder kann davon nur profitieren. Und für später ist der BSH ein hervorragendes Netzwerk über

den eigenen Studiengang oder die eigene Uni hinaus.

Der Reservistenverband stellt für eine aktive Arbeit lokal in den Hochschulgruppen oder bundesweit finanzielle Mittel und ein Netzwerk zur Verfügung. Es liegt an Euch, dieses Gerüst mit Leben zu füllen! ...



Marc Cieszewski ist seit 2002 Organisationsleiter Sicherheitspolitische Hochschularbeit des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. Er ist damit Unterstützer, die gute Seele und das Gedächtnis des BSH. Seit er 1997 in die Hochschulgruppe Aachen des BSR eingetreten war, kann man ihn nicht mehr aus der Arbeit von BSH oder VdRBw wegdenken.

Das Hohe Haus und die Verteidigung



Die Parlamentsarmee ist zwar keine Ausnahme, aber eine Besonderheit im Vergleich zu den Bündnispartnern Deutschlands. War das Primat der Politik zwar schon seit Gründung der Bundeswehr festgelegt, hat erst das Karlsruher Grundsatzurteil von 1994 die Praxis der Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte bestimmt. Wie sieht die Zukunft der Parlamentsbeteiligung aus? Abgeordnete des Bundestags im Gespräch mit *ADLAS*



ADLAS: Welches war Ihrer Meinung nach das Ereignis der letzten drei Jahrzehnte, das die Sicherheitspolitik Deutschlands am nachhaltigsten verändert hat?

Jan van Aken: Die Wiedervereinigung hat die Voraussetzungen für eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Zum einen beendete sie eine auf die Blockkonfrontation gerichtete Sicherheitspolitik, deren Verteidigungslinie an der deutsch-deutschen Grenze verlief, zum anderen leitete sie eine an nationalen Interessen orientierte Außen- und Sicherheitspolitik

die Grundlage für mehr als nur einer Bundeswehrreform. Für die deutschen Streitkräfte veränderten sich Auftrag und Struktur ganz grundlegend. Bis heute ist der Veränderungsprozess in der Bundeswehr, der sich aus dem Ende der Blockkonfrontation ergab, jedoch immer noch nicht wirklich abgeschlossen. Aber auch die Eingliederung der Soldatinnen und Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR war eine große Herausforderung und Veränderung für die Bundeswehr. Es ist beeindruckend, wie es gelungen ist, angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten aus zwei ehemals verfeindeten Armeen, eine

»Seit der Wiedervereinigung wird Verteidigungspolitik als globale Interessenpolitik interpretiert.«

Jan van Aken

ein. Was gemeinhin als »Normalisierung« Deutschlands in den internationalen Beziehungen bezeichnet wurde, war vor allem ein Wiedereinstieg in globale Machtpolitik, die auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollte. Unter den Vorzeichen eines wiedervereinten Deutschlands wurde die Lehre aus dem Faschismus aufgekündigt, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Seitdem wird Verteidigungspolitik nicht mehr defensiv und auf die territoriale Verteidigung interpretiert, sondern als globale Interessenspolitik.

Agnieszka Brugger: Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Mauerfall wurden die Parameter der deutschen Sicherheitspolitik komplett verschoben. Diese historischen Ereignisse waren der Auslöser und

Bundeswehr zu schmieden. Diese Erfahrung ist in der Geschichte fast einzigartig. In nicht wenigen Konfliktregionen geht es in einer Post-Konfliktphase auch gerade darum, ehemals verfeindete Gruppen zu vereinen und zu versöhnen. Hier könnten und sollten aus meiner Sicht die Erfahrungen und Lehren aus der deutschen Vergangenheit viel stärker eingebracht und genutzt werden.

Wolfgang Hellmich: Den nachhaltigsten Eindruck haben sicher die deutsche Wiedervereinigung und die Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands hinterlassen. Ohne diese gäbe es nicht die Bundeswehr, die wir heute haben. Hat die Wiedervereinigung die Außen- und Sicherheitspolitik besonders geprägt, so hat darüber hinaus der Kosovokrieg auch

+ S. 25

GELEITWORT

Ein neues Gleichgewicht

Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU und CSU im Bundestag, erklärt, wie die gewandelte Bundeswehr und die Arbeit des Parlaments mehr denn je zusammengehören. Eine Voraussetzung für die Gestaltung der neuen deutschen Verantwortung ist für ihn allerdings, dass auch der akademische Nachwuchs sich interessiert und beteiligt.

Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zum 30-jährigen Bestehen des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen! Die sicherheitspolitische Debatte unter jungen Akademikerinnen und Akademikern zu fördern, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Sie sind ein fester Bestandteil der sicherheitspolitischen Gemeinde in Deutschland und das Netzwerk ihres Nachwuchses.

Die Bundesrepublik übernimmt zunehmend eine Führungsrolle in der internationalen Sicherheitspolitik. Damit stellt sich Deutschland einer Verantwortung, in die wir behutsam hineingewachsen sind. Dieser Entwicklungsprozess wird von unseren Partnern seit über 20 Jahren begleitet und ermutigt. Auf diese Weise endet ein Ungleichgewicht in Deutschlands Rolle als verlässliches Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft. Gerade im Deutschen Bundestag haben wir Parlamentarier diesen Prozess aktiv begleitet.

Die Bedrohungsszenarien entwickeln sich aktuell überaus dynamisch. Traditionelle Bedrohungen rücken durch den russisch-ukrainischen Konflikt wieder in unseren Fokus. Gleichzeitig werden im Nahen Osten und in Afrika ganze Regionen gewaltsam neu geordnet. Zunehmend merken wir, dass die Krisen der Welt auch hier bei uns in Deutschland ankommen. Konflikten vermehrt dort entgegenzutreten, wo sie entstehen, ist Teil der gewachsenen deutschen Sicherheitsverantwortung. Wir nutzen dabei die gesamte Palette der vernetzten Sicherheit, in der die Bundeswehr zwar das äußerste, aber nicht notwendigerweise das letzte Mittel ist.

Auch für die Aufstellung der Bundeswehr ergeben sich durch diese neue Gleichzeitigkeit verschiedener Anforderungsprofile neue Herausforderungen: Vor 1990 hatten wir eine schwer gepanzerte Heimatverteidigungsarmee. Nach dem 11. September 2001 haben wir den Schwerpunkt zu Infanteriekräften verschoben, wie wir sie beispielsweise in Afghanistan eingesetzt haben. In der Zukunft werden wir beide Fähigkeiten gleichermaßen in der Bundeswehr benötigen.

Gerade in einer kleiner gewordenen Bundeswehr ist es wichtig, mit der Modernität der +

Ausrüstung an der Spitze der weltweiten technologischen Entwicklung zu stehen. Qualität schlägt Quantität. Die Bundeswehr muss in einem nicht vorhersehbaren sicherheitspolitischen Umfeld dabei bleiben, das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten in den Streitkräften vorzuhalten und auszubilden. Die Rückkehr der traditionellen Bedrohungen an der Ostflanke der Nato verdeutlicht uns, wie schnell Anforderungen an Streitkräfte sich ändern können. Nur eine angemessen breite

»Die Empfehlungen der Rühle-Kommission sind ein weiterer Schritt hin zu noch mehr Verlässlichkeit Deutschlands.«

Henning Otte

Aufstellung erlaubt es, sich flexibel auf immer neue Bedrohungslagen einzustellen und dann die Tiefe des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr differenziert anzupassen.

Wir gehen diesen Weg gemeinsam mit unseren Partner in Nato und EU. Von oben herab erdachte Konzepte für eine europäische Armee haben in der Vergangenheit wenig Fortschritte gemacht. Stattdessen bieten wir unseren Verbündeten eine breit aufgestellte Fähigkeitsbasis an, auf der Nationen mit weniger Ressourcen aufsetzen. Solche praxisnahen Bottom-up-Ansätze bewähren sich bereits in einer Reihe von erfolgreichen Kooperationen. Auf diese Weise erlauben wir Partnern den Erhalt von Fähigkeiten in ihren Nationen, die Partizipation an Einsätzen und eine Erhöhung der Interoperabilität. Die engen Kooperationen mit den Niederlanden und mit Polen sind dabei nur zwei von mehreren Beispielen. Deutschland kann durch die enge Verzahnung im Bündnis seine Verantwortung in der Mitte der Partner wahrnehmen und dem verfügbaren Fähigkeitsprofil der eigenen Streitkräfte eine größere

personelle und materielle Tiefe verleihen.

Jeder bewaffnete Einsatz der Bundeswehr wird auch in Zukunft eine Einzelfallentscheidung des Parlaments bleiben. Durch die aktuell geplanten Änderungen im Parlamentsbeteiligungsgesetz versuchen wir jedoch, die Mandatierungspflicht des Deutschen Bundestags besser an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Die Empfehlungen der Rühle-Kommission jedenfalls sind ein weiterer Schritt hin zu noch mehr Verlässlichkeit und Verantwortung Deutschlands und stärken insofern unsere Bündnisfähigkeit. Denn Deutschlands Landesverteidigung beginnt heute mit der Bündnisverteidigung. Begrüßenswert ist das Ziel, frühzeitiger das Parlament in Entscheidungsprozesse der Regierung einzubeziehen. Das stärkt die Rechte der Volksvertreter und festigt den Status der Bundeswehr als unsere Parlamentsarmee.

Die übergreifende Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung der deutschen Sicherheitspolitik ist jedoch, dass wir auch künftig die richtigen Menschen für dieses Arbeitsfeld begeistern können. Mit Ihrem Engagement leisten Sie einen wichtigen Beitrag hierzu.

Henning Otte ist seit 2005 Mitglied des Bundestags für die CDU Niedersachsen, Mitglied des Verteidigungsausschusses und verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.





Jan van Aken ist seit 2009 Mitglied des Bundestags für Die Linke aus Hamburg. Er ist ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

langfristig dazu beigetragen, Aufgaben und Struktur der Bundeswehr zu überdenken und zu verändern. Prägende Ereignisse waren zudem die Anschläge am 11. September 2001 sowie die Beteiligung der Bundeswehr an der »International Security Assistance Force« in Afghanistan.

Welche Bedeutung hat für Sie der Parlamentsvorbehalt? Wie stehen Sie zu den derzeit diskutierten Änderungsvorschlägen, beispielsweise zu Parlamentsmandaten auf Vorrat?

Jan van Aken: Den Einsatz der Bundeswehr unter den Vorbehalt einer parlamentarischen Zustimmung zu stellen, ist und bleibt eine wichtige Errungenschaft zur politischen Kontrolle der Regierung. Auch wenn ich – wie Die Linke insgesamt – Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehne, halte ich den Parlamentsvorbehalt für zentral. Die jetzt von der Rühle-Kommission angestoßenen Änderungsvorschläge zielen letztlich auf eine Aufweichung des Parlamentsvorbehaltes ab, indem noch mehr Einsätze aus der Definition des Vorbehaltes herausgenommen werden. Anstelle einer solchen Aufweichung sollte der Parlamentsvorbehalt gestärkt werden und jede Beteiligung der Bundeswehr an einem Auslandseinsatz zustimmungspflichtig sein, so zum Beispiel auch die Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten an der Planung und Durchführung von Militärangriffen im Hauptquartier der Nato. Vorratsbeschlüsse aus Gründen der Bündnisstreue und vermeintlich schneller Reaktionsfähigkeit sind hingegen absolut indiskutabel.

Agnieszka Brugger: Die Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch das Parlament gewährleistet nicht nur Legitimation und Kontrolle, sondern gibt den Soldatinnen und Soldaten einen starken Rückhalt. Wenn nun – wie es derzeit diskutiert wird – Ausbildungsmissionen in Zukunft nicht mehr mandatspflichtig sind, wäre das ein großer Rückschritt. Mit

solchen Änderungen würde die schwarz-rote Koalition das Parlament entmachten und mit einer guten, über Jahre gepflegten Kultur brechen: bei Unklarheiten im Zweifel für das Parlament. Davor kann ich nur warnen. Neben einigen hochproblematischen Vorschlägen hat die Kommission um den Parlamentsvorbehalt allerdings auch etwas Gutes gebracht: Das faden-scheinige Argument, dass der Parlamentsvorbehalt schuld daran sei, Deutschland könne sich nicht international engagieren, teilt der Bericht der Kommission – trotz anderer Äußerungen einiger Kommissionsmitglieder aus früheren Zeiten – zum Glück ausdrücklich nicht. Ebenso wurde die Idee, die Parlamentsbeteiligung durch die Einführung von Vorratsbeschlüssen massiv einzuschränken, wieder aufgegeben. Abgesehen davon, dass ich eine solche Regelung politisch für absolut falsch halte, bin ich der Auffassung, dass sie gegen das Grundgesetz verstößt und im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes steht.

+

Wolfgang Hellmich: Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Die von der sogenannten Ruhe-Kommission empfohlenen Änderungsvorschläge werden sowohl im Verteidigungsausschuss als auch im Plenum intensiv zu diskutieren sein. Der eingebrachte Vorschlag, dass die Bundesregierung dem Parlament jährlich berichten soll, welche konkrete Verantwortung für die multilateralen militärischen Verbundfähigkeiten aus der Bündnissolidarität folgen, erscheint mir dringend geboten. Parlamentsbeschlüsse »auf Vorrat« halte ich nicht für sinnvoll. Wir Abgeordnete sind durchaus in der Lage, wenn notwendig, auch sehr kurzfristig Mandate für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr zu erteilen. In ganz dringenden Ausnahmefällen kann diese Mandatierung auch rückwirkend erfolgen. Ich begrüße zudem ausdrücklich das Bekenntnis des Nato-Generalsekretärs zur demokratischen Kontrolle der Streitkräfte durch die Parlamente. Dieser Ansatz setzt sich zunehmend in allen Staaten der EU und der Nato durch.

Für wie berechtigt halten Sie die Zwei-Prozent-Formel der Nato für den Verteidigungshaushalt? Welchen Anteil des deutschen BIP für Militärausgaben halten Sie für angemessen – auch im Rückblick auf vergangene Finanzierungslücken bei der Bundeswehr?

Jan van Aken: Diese Formel würde eine weitere Aufstockung des ohnehin schon hohen Militärbudgets bedeuten. Das halte ich für völlig falsch. Aus meiner Sicht wäre für die Landesverteidigung ein kräftig geschrumpfter Haushalt immer noch ausreichend. Die heutigen angeblichen »Fähigkeitslücken« und Ausrüstungsmängel betreffen doch in erster Linie die weltweite Einsatzfähigkeit, und die ist aus meiner Sicht nicht erstrebenswert und politisch falsch. Überhaupt wäre es friedenspolitisch geboten, die Nato abzuschaffen und an ihrer Stelle ein nicht-militärisches kollektives Sicherheitssys-

tem zu etablieren, das auf Abrüstung setzt. Gerade mit Blick auf den aktuellen Ukraine-Konflikt und den zu beobachtenden Rückfall in die Logik des Kalten Krieges ist die Zwei-Prozent-Forderung gefährlich und geradezu infam. Das Gebot der Stunde wäre massive Abrüstung, nicht ein erneutes Wettrüsten.

Agnieszka Brugger: Das Zwei-Prozent-Ziel ist in seiner Pauschalität unsinnig, das sieht man besonders am Beispiel Griechenland. Das hochverschuldete Land zahlt sogar 2,3 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes und ist damit nach Großbritannien Spitzenreiter bei den Rüstungsausgaben in der EU. Das ist sicherlich kein Beispiel, an dem man sich orientieren sollte. Würde Deutschland der Zwei-Prozent-Forderung der Nato nachkommen, müsste es rund 20 Milliarden Euro pro Jahr mehr, also insgesamt deutlich über 50 Milliarden Euro ausgeben. Nach heutigem Stand wäre Deutschland damit größter Zahler für Verteidigung in Europa, vor Frankreich und Großbritannien – ein fragwürdiges Signal, von dem manche Partner wohl wenig begeistert wären. Viel wichtiger als die jährliche Scheindebatte über die absolute oder prozentuale Höhe der Rüstungsausgaben wäre endlich eine effiziente, vertiefte und intensivere Zusammenarbeit in der EU und der Nato, die über politische Lippenbekenntnisse hinausgeht. Aber nicht nur international gibt es hier noch viel zu tun, sondern auch national sollten wichtige Hausaufgaben längst erledigt sein: Insbesondere vor dem Hintergrund, dass bei den Beschaffungsprojekten nach wie vor immer wieder extrem viel Steuergeld verbraten wird und eine strukturelle Lösung der Probleme immer noch nicht in Sicht ist, ist eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes absolut unverantwortlich.

Wolfgang Hellmich: Die Zwei-Prozent-Formel ist eine angemessene Zielmarge. Wir müssen uns in den kommenden Jahren schrittweise diesem Ziel nähern. Bereits der Haushalt für 2016 sieht eine

deutliche Steigerung vor, die aber insbesondere Gehaltssteigerungen und Besoldungsverbesserungen sowie zusätzliche Millionen für das Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr abdeckt. Das sind richtige Schritte. Jedoch müssen wir in den kommenden Haushalten noch mehr finanzielle Mittel für unsere Investitionen im Verteidigungsbereich bereitstellen; dies kommt bisher zu kurz. Das angestrebte Ziel einer Investitionsquote von 20 Prozent der Verteidigungsausgaben ist richtig. Aber noch wichtiger ist es, zu mehr Effizienzgewinnen zu kommen. Die zentrale Frage ist und bleibt, wofür das Geld ausgegeben wird. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes ist zudem nicht nur notwendig, um den bereits eingegangenen Zusagen und Verpflichtungen gegenüber

reicht die Aussetzung nicht, wir brauchen die endgültige Abschaffung der Wehrpflicht, denn Zwangsdienste haben in einer Demokratie nichts verloren. Der Wegfall des Zivildienstes als »Alternative« zum Zwangsdienst an der Waffe hatte in einigen Bereichen schmerzhaft Folgen, denn plötzlich fehlte es gerade bei den sozialen Diensten an allen Ecken und Enden an Personal. Die Linke fordert seit langem, den Abbau im Sozialbereich zu stoppen und für eine solide Finanzierung aller sozialen Aufgaben zu sorgen. Und der »Nachwuchsmangel«, unter dem die Bundeswehr nun leidet, offenbart doch nur, dass die meisten jungen Männer und Frauen in Deutschland mit Krieg und Gewalt nichts zu tun haben wollen. Ich finde, das ist eine gute Nachricht.

»Verteidigungsministerin von der Leyen setzt bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu sehr auf Hochglanzbroschüren.«

Agnieszka Brugger

unseren Bündnispartnern nachzukommen, sondern auch, um auf nationaler Ebene langfristig die Vollaussattung der Bundeswehr zu erzielen. Dies betrifft das Großgerät aber auch die persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten.

Ist die Aussetzung der Wehrpflicht immer noch eine richtige Maßnahme gewesen – grundsätzlich, aber auch in ihrer spezifischen Durchführung? Welche Folgen hat sie insbesondere auch für übrigen Pflicht- und Freiwilligendienste?

Jan van Aken: Ja, natürlich! Allerdings

Agnieszka Brugger: Die Aussetzung der Wehrpflicht war und bleibt richtig. Sie entbehrte schon lange vor der Aussetzung durch den damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg jeder sicherheitspolitischen Notwendigkeit und war ein unverhältnismäßiger und in der Praxis ungerechter Eingriff in die Freiheitsrechte junger Männer. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels liegt die aktuelle Herausforderung natürlich darin, diejenigen mit der richtigen Qualifikation und Motivation für den Dienst bei der Bundeswehr zu gewinnen. Verteidigungsministerin von der Leyen setzt jedoch bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit viel zu sehr auf +

Hochglanzbroschüren und den Showroom anstatt den Soldatenberuf in aller Tiefe, Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit darzustellen. Denn dies ist kein Beruf wie jeder andere. Im Mittel brechen 25 Prozent den Freiwilligen ihren Wehrdienst ab – auch weil sie eine falsche Vorstellung von der Bundeswehr haben und anschließend enttäuscht sind. Hier muss nachgesteuert werden. Die Nachwuchssituation insgesamt muss sehr aufmerksam beobachtet werden. Unterm Strich ist sie aber jenseits ganz spezieller Verwendungen wie beispielsweise Bereichen des Sanitätsdienstes oder IT-Spezialisten nach wie vor als solide und gut zu bezeichnen. Das neue Angebot des Bundesfreiwilligendienstes, der den alten Zivildienst ersetzt, ist gut angenommen worden – gerade auch von älteren Menschen. Das gesteckte Ziel von 35.000 freiwillig Dienstleistenden pro Jahr wurde erreicht. Damit haben sich die Befürchtungen der Wehrpflichtbefürworter also in keiner Weise bestätigt.

Wolfgang Hellmich: Die Aussetzung der Wehrpflicht war unausweichlich, auch vor dem Hintergrund der Aufrechterhaltung der Wehrgerechtigkeit. Allerdings wurde sie zu schnell ausgesetzt; es lag eine gewisse Planlosigkeit vor. Bis heute stehen wir vor der Herausforderung, den Dienst in den Streitkräften attraktiver zu gestalten, um genügend und gut qualifiziertes Personal zu gewinnen, und gleichzeitig den Bundesfreiwilligendienst auszuweiten.

Sind der verhaltene Umgang seitens politischer Entscheidungsträger und der Abgeordneten beispielsweise mit Bundeswehrgehlöbnissen in Berlin oder dem »Tag des Peacekeepers« noch angemessen – oder ist die Behandlung der Sicherheitspolitik in der Öffentlichkeit zu schüchtern?

Jan van Aken: In dieser Frage setzen Sie Militarismus mit Sicherheitspolitik gleich. Die eigentliche Aufgabe von politischen Entscheidungsträgern in der Außenpolitik ist doch, internationale Kooperation und

Interessenausgleich zu fördern und die Gefahren von gewaltförmiger Konfliktaustragung durch Abrüstung und Deeskalation zu minimieren. Ich beobachte hingegen, dass die Bundesregierung und viele Abgeordnete immer offensiver für eine Sicherheitspolitik werben, die vor allem militärisch gedacht wird. Eine prominentere Ritualisierung und Zurschaustellung – etwa bei Bundeswehrgehlöbnissen – würde diese Fixierung auf das Militärische nur untermauern und dazu führen, dass der Einsatz von Gewalt und vermeintlich schnelle militärische Lösungen als normal und alternativlos wahrgenommen werden. Diesen Trend müssen wir umkehren, also die Außenpolitik wieder zivilisieren. Und dabei klar zwischen zivilen und nicht-zivilen, also militärischen und polizeilichen, Akteuren und Maßnahmen unterscheiden. Der Tag des Peacekeepers hat hier alles in einen Topf geworfen und die vielen zivilen Expertinnen und Experten und Friedensfachkräfte, die weltweit großartige Arbeit leisten, vereinnahmt, um den Einsatz militärischer Gewalt zu legitimieren. Das ist inakzeptabel. Ich bin deshalb ziemlich froh, dass die Rechnung nicht aufgegangen ist und der »Tag des Peacekeepers« kaum wahrgenommen wurde.

Agnieszka Brugger: Die Prämisse dieser Frage kann ich nicht teilen. Bei den Themen der Außen- und Sicherheitspolitik suche ich immer wieder selbst und offensiv den Austausch mit allen möglichen Gruppen in unserer Gesellschaft, dabei bin ich weder verhalten noch schüchtern. Mein Eindruck und meine Erfahrungen sind vielmehr, dass diese Fragen bei den Bürgerinnen und Bürgern auf so großes Interesse stoßen wie schon seit Langem nicht mehr. Diese Chance muss man nutzen, da es sich hier um besonders wichtige und oft auch kontroverse Themen handelt. Dabei ist es für alle Seiten von großem Vorteil, die Schilderung von zivilen, polizeilichen und militärischen Einsatzkräften ganz unmittelbar und direkt zu hören. Wir Grüne haben uns schon mehrfach in dieser Sache engagiert und bei-

spielsweise ein Fachgespräch mit dem Titel »Rückkehr ohne Dank und Anerkennung? Erfahrungen ziviler und militärischer Kräfte nach dem Einsatz in Krisengebieten« organisiert und mit Betroffenen und Fachleuten diskutiert, was die Rückkehr und die damit verbundenen Herausforderungen bedeuten – sowohl individuell als auch für die Gesellschaft. Der Tag des Peacekeepers ist zum Beispiel ein konkreter Anlass, um engagierten Menschen und ihrem wertvollen Einsatz für Frieden und Sicherheit unseren Dank und unsere Anerkennung auszudrücken. Den letzten Tag des Peacekeepers haben wir mit einem Antrag im Bundestag begleitet, der mehr Fürsorge, Anerkennung und Wahrnehmung gefordert und dazu konkrete Ideen geliefert hat. Ganz gleich zu welchem Tag oder Anlass: Der Kontakt mit den zivilen, polizeilichen und militärischen Einsatzkräften lohnt sich, denn alle Seiten profitieren von einem offenen Austausch und ihre Erfahrungen sollten in der Politik und Öffentlichkeit mehr Gehör finden.

Wolfgang Hellmich: Sicherheitspolitik ist ein auch in der Öffentlichkeit viel diskutiertes Thema; heute mehr als noch vor einigen Jahren. Zudem ist die Debatte über eine zu geringe öffentliche Diskussion genauso alt wie der sicherheitspolitische Diskurs selbst. Die Arbeit der Angehörigen der Bundeswehr, seien es Soldaten oder zivile Mitarbeiter, wird ebenso entsprechend gewürdigt und intensiv debattiert wie das Engagement haupt- und nebenberuflicher Peacekeeper. Je nach politischer Couleur ist der Umgang mit beispielsweise Bundeswehrgelöbnissen jedoch unterschiedlich; für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dies gleichzeitig Auftrag und eine Selbstverständlichkeit. Zudem sind Ehrenmale wie die »Gedenkstätte Deutscher Widerstand« im Bendlerblock und der »Wald der Erinnerung« nahe Potsdam [Erinnerungsstätte für die Toten der Bundeswehrauf dem Gelände des Einsatzführungskommandos in Geltow; d. Red.] wichtige Orte

für gemeinsames und individuelles Erinnern und Gedenken.

Debatte braucht Öffentlichkeit. Bedarfe es einer jährlichen sicherheitspolitischen Generaldebatte im Bundestag jenseits von akutem Entscheidungsbedarf? Könnte ein jährliches Weißbuch, herausgegeben von der gesamten Bundesregierung, zu einer fundierteren Diskussion beitragen?

Jan van Aken: Eine sogenannte Generaldebatte findet jährlich in der Aussprache für den jeweiligen Bundeshaushalt statt – beziehungsweise könnte da stattfinden. Tatsächlich hat das aber sehr wenig mit einer fundierten inhaltlichen Auseinandersetzung zu tun. Die Plenardebatten können schon aufgrund ihrer zeitlichen Begrenzung und der Struktur der Redebeiträge keine wirkliche Debatte sein. Kein Wunder also, dass sie in der breiten Öffentlichkeit kaum auf Interesse stoßen. +

Agnieszka Brugger ist seit 2009 Mitglied des Bundestags für Bündnis90/Die Grünen aus Baden-Württemberg. Sie ist Obfrau ihrer Fraktion im Verteidigungsausschuss.





Wolfgang Hellmich ist seit 2012 Mitglied des Bundestags für die SPD aus Nordrhein-Westfalen. Er ist Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

Ein jährliches Weißbuch würde da auch nicht helfen, schon gar nicht, wenn es von der gesamten Bundesregierung käme. Denn wie in den Plenardebatten zur Sicherheitspolitik wird mit dem Weißbuch ja nicht eine Diskussion angestoßen, sondern den Menschen etwas vorgesetzt. Zudem würde ein Weißbuch unter Beteiligung der gesamten Bundesregierung noch den Eindruck verstärken, das gesamte Regierungshandeln drehe sich um Sicherheitspolitik. Was wir brauchen ist eine gesellschaftliche Debatte, nicht nur im Bundestag, sondern auf der Straße, in den Schulen, in den Betrieben und den Universitäten. Sicherheit wird doch von der breiten Bevölkerung vollkommen anders definiert als von der Politik. Für die Menschen in Deutschland ist Sicherheit keine rein ordnungspolitische und schon gar keine militärische Frage und Sicherheit wird nicht mit dem Panzer im Kopf gedacht. Ihnen geht es um ökonomische Sicherheit, um Bewegungsfreiheit, um Meinungsfreiheit. Und die Menschen in

Deutschland wollen eine gewaltfreie Politik für den Frieden.

Agnieszka Brugger: Eine sicherheitspolitische Generaldebatte über die Ziele und Instrumente der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Rolle der Bundeswehr wäre sehr sinnvoll, um mehr Transparenz und Öffentlichkeit herzustellen. Aber solche Diskussionen sollten nicht nur in die immer wieder gleichen Floskeln abgleiten, sondern man muss dann auch ehrlich in der Sache diskutieren. In dieser Hinsicht ist zum Beispiel der von Verteidigungsministerin von der Leyen angestoßene Weißbuchprozess bisher enttäuschend, weil er diese Chance ungenutzt lässt und in Berlin leider bisher in erster Linie die üblichen Expertinnen und Experten anspricht statt auf eine möglichst breite Partizipation und offene Debatte zu setzen.

Wolfgang Hellmich: Eine jährliche sicherheitspolitische Generaldebatte im Plenum ist bereits in Planung und wird meines Wissens nach von allen Fraktionen befürwortet. Allerdings bezweifle ich, dass ein jährlich herausgegebenes Weißbuch sinnvoll wäre. Zum einen ändert sich die sicherheitspolitische Gesamtlage nicht immer so sehr, dass ein neues Weißbuch notwendig wäre, zum anderen bündelt die Erstellung eines solchen viel Zeit und Ressourcen, die an anderer Stelle eventuell sinnvoller genutzt werden könnten. Außen- und sicherheitspolitische Leitlinien, und als solches verstehe ich das Weißbuch, können und müssen so formuliert sein, dass sie für eine bestimmte zeitliche Periode Grundlage unserer Politik sind. Dies schließt nicht aus, dass als Reaktion auf bestimmte, möglicherweise wenig antizipierte sicherheitspolitische Ereignisse, Änderungen oder Nachträge am jeweils gültigen Grundlagendokument möglich oder gar erforderlich sind. Dazu muss ein ständiger, im Bundesministerium der Verteidigung strukturell und personell verankerter, Arbeitsprozess etabliert werden. Abgestimmt mit den ande-

ren EU-Mitgliedsstaaten, müssen alle fünf Jahre unsere strategischen Grundlagen überarbeitet werden.

Von »Taschenkarten für Einsatzregeln« bis zu Details in der Rüstungsbeschaffung – wie viel sicherheits- und verteidigungspolitisches Mikromanagement kann und sollte das Parlament überhaupt leisten?

Jan van Aken: So wenig wie möglich, so viel wie nötig. Und momentan scheint leider sehr, sehr viel nötig. Wenn die Parlamentsarmee Bestand haben soll, muss der Bundestag über die wesentlichen Aspekte entscheiden. Bei der Rüs-

men. Und das tun gerade diejenigen nicht, die am lautesten für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr rufen.

Agnieszka Brugger: Eigentlich sollten im Verteidigungsausschuss die großen Linien und politischen Fragen debattiert werden. Sehr oft werden wir Abgeordnete aber regelrecht dazu gezwungen, auf das kleinste Detail zu schauen, wenn wir unsere Aufgabe verantwortungsvoll ausüben wollen, weil sich zum Beispiel die Schilderungen von Soldatinnen und Soldaten mit denen des Verteidigungsministeriums grundsätzlich widersprechen. Dann beginnt die mühsame Suche nach der Wahr-

»Die Debatte über eine zu geringe öffentliche Diskussion ist genauso alt wie der sicherheitspolitische Diskurs selbst.«

Wolfgang Hellmich

tungsbeschaffung muss das Parlament meiner Ansicht nach eine viel größere Rolle spielen. Das beginnt bei ganz grundsätzlichen Entscheidungen darüber, ob und zu welchem Zweck welche Militärgüter angeschafft werden sollen. Dann geht es auch um Transparenz und um Korruption. Es gibt ja zahlreiche Beispiele – G36, Euro Hawk – die zeigen, dass man die Beschaffung auch im Detail nicht der Bundesregierung allein überlassen darf. Und natürlich muss das Parlament auch die Einsatzregeln festlegen. Ich bin zwar gegen alle Auslandseinsätze, aber wenn die Mehrheit des Bundestages Auslandseinsätze beschließt, dann muss sie auch über die Durchführung im Einzelnen entscheiden. Und im Übrigen auch die Verantwortung dafür überneh-

heit. Ein Beispiel dafür ist die G36-Affäre, bei der wir am Ende Fragen wie die Konstruktion des Gewehrlaufes, die Ummantelung der Munition, die Kunststoffzusammensetzung sowie Details der Ausschreibungspraxis der 1990er Jahre unter die Lupe nehmen mussten. Mikromanagement wird insbesondere dort erforderlich, wo der Eindruck entsteht, dass Probleme schön geredet, den Abgeordneten nicht alle Informationen zugänglich gemacht werden und damit Vertrauen zerstört wird – schließlich haben wir als Parlament eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung zu erfüllen.

Wolfgang Hellmich: Der Bundestag mandatiert die Auslandseinsätze der Bundeswehr und legt damit den Rahmen fest, in +

dem die Soldatinnen und Soldaten sich bewegen. Militärische »rules of engagement«, Operationspläne oder Taschenkarten müssen und werden nicht vom Parlament bestimmt. Dies schließt aber nicht aus, dass sich die Politik auch mit auf den ersten Blick kleineren Dingen oder Stückzahlen befasst, wie beispielsweise dem vorhandenen Mangel an Nachtsichtgeräten in der Truppe. Es kann nicht von vornherein festgelegt werden, womit sich das Parlament befassen sollte oder womit nicht, oder wie sie es nennen, was es zu »managen« hat. Die Politik entscheidet dies selbst. Wir Parlamentarier haben eine große Verantwortung gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten, unseren zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch gegenüber der Reserve. Unsere Aufgabe ist es, uns jeder Problematik, von der Bekleidung bis zum Hubschrauber, anzunehmen um dann zu entscheiden, ob eine parlamentarische Befassung gemäß des gesetzlichen Auftrags im entsprechenden Fall notwendig ist. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr!

Gibt es in der Vergangenheit eine sicherheitspolitische Grundsatzentscheidung Ihres Hauses, die – unabhängig davon, ob Sie beteiligt waren oder nicht – besser anders hätte getroffen werden sollen?

Jan van Aken: Da fallen mir leider einige ein. Ich will nur zwei nennen, die ich persönlich für sehr schwerwiegend halte: die Entscheidung zum Angriff auf Jugoslawien und die Entscheidung über den Verbleib der US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Die Militärintervention in Jugoslawien war ein Angriff einer Koalition der Willigen und sie hatte keine völkerrechtliche Legitimation durch die Vereinten Nationen. Deutschland hat sich damals vom Völkerrecht verabschiedet und den Vereinten Nationen schweren Schaden zugefügt. Und die Staaten des ehemaligen Jugoslawien haben bis heute unter dem damaligen Krieg zu leiden. Als Außenminister Westerwel-

le zum Amtsantritt den Abzug der restlichen Atomwaffen aus Deutschland ankündigte dachte ich: endlich! Denn mit dem Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wäre die Haltung Deutschlands zur atomaren Teilhabe ebenfalls auf die Tagesordnung gekommen. Dass Westerwelle sein Versprechen nicht nur nicht gehalten hat, sondern neben der weiteren Stationierung auch noch der Modernisierung der Atomwaffen zugestimmt hat, ist ein wirklicher Rückfall in die Logik des Kalten Krieges. Leider ist dieses Denken derzeit wieder sehr verbreitet.

Agnieszka Brugger: Aus heutiger Sicht ist es natürlich schwierig, vergangene Entscheidungen zu bewerten, ohne die damaligen Zwänge und Nöte erlebt zu haben und die damalige Informationslage zu kennen. Aber sicherlich wäre ich gegen den Nato-Doppelbeschluss gewesen, wenn ich da schon gelebt hätte. Als Sprecherin für Sicherheitspolitik und Abrüstung setze ich mich für eine Welt frei von Atomwaffen ein. Aber ich würde diese Frage eigentlich auch gerne mit einem Blick in die Zukunft beantworten: Generell gilt es, aus Erfahrungen wie dem Einsatz in Afghanistan zu lernen. Zum Beispiel im Zuge einer umfassenden, schonungslosen und kritischen Evaluation. Doch leider fehlt bisher der politische Wille der Bundesregierung, um eine solche, wirklich konstruktive und zukunftsorientierte Reflektion tatsächlich anzustoßen.

Wolfgang Hellmich: [Wolfgang Hellmich verzichtet auf eine Antwort auf die so von ADLAS gestellte Frage. d. Red.] •••

Interview: Redaktion



Vorbild Bundestag: Der deutsche Parlamentsvorbehalt ist Anschauungsmaterial für Dritte. Unten besucht eine Delegation der niederländischen Streitkräfte den Verteidigungsausschuss im Oktober 2015.



Foto unten: Bundestag/Stella von Saldern Foto oben: Bundestag/Thomas Truschel

Deutsche Sicherheitspolitik in einer Zeit regionaler Instabilitäten

von Stephan Böckenförde

CHRONOLOGIE

Was ist schon sicher?

Der Begriff von der »umfassenden Sicherheit« gilt als schwammig. Aber schon eine, unvollständige, willkürliche Auswahl von historischen Ereignissen der letzten 30 Jahre zeigt: Dieser Schwamm ist relevant.



Januar 1985: Ronald Reagan tritt seine zweite Amtszeit als US-Präsident an (oben).

März: Michail Gorbatschow wird Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU.

Foto: The White House

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist charakterisiert durch die Auswirkungen eines Wandels der geopolitischen Ordnungsstrukturen und die langsame Anpassung an diese Veränderungen. Dabei ist die bisweilen beklagte Verzögerung der Anpassungsprozesse im Wesentlichen auf die systemimmanente Trägheit des bürokratisch-exekutiven Apparates und die zögerliche Veränderung des gesellschaftlichen Diskurses zurückzuführen.

Ausgangspunkt der deutschen Sicherheitspolitik vor 1989 war die relativ komfortable Situation zweier stabiler, innerhalb ihrer jeweiligen Blöcke wirtschaftlich prosperierender Territorial-/Nationalstaaten im weltumspannenden Ordnungssystem von Territorialstaaten. Dieses globale System bezog seine Stabilität aus zahlreichen global und regional wirksamen Mechanismen und Regimen (beispielsweise dem Regelwerk der UN zur Unterbindung zwischenstaatlicher Gewaltanwendung), vor allem aber aus der stabilitätsgebenden Struktur des Ost-West-Konfliktes.

Beide Teile Deutschlands hatten ihre Sicherheit – verstanden als Schutz des Gemeinwesens – mit der Unterstützung

ihrer jeweiligen Alliierten an lediglich einer Außengrenze (der östlichen oder der westlichen) mit konventionellen militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten. Zugleich befanden sie sich unter dem Schutz eines nuklearen Abschreckungsregimes, das auf der Grundlage der vertraglich garantierten gegenseitigen Zerstörbarkeit der beiden Blockführungsmächte basierte. In ihrem »Hinterland« dagegen waren sie durch integrierte, auf Kooperation basierende Strukturen (die Europäische Gemeinschaft und die Nato sowie der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Warschauer Pakt) gesichert.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes trat die Welt in eine Phase des Territorial- +

März: Die »Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten« wird gegründet.

Juni: In Berlin findet der größte Agentenaustausch des Kalten Krieges statt: 25 Westspione werden auf der Glienicker Brücke gegen vier Agenten aus dem Osten ausgetauscht.

Juli: Agenten des französischen Geheimdienstes versenken das Greenpeace-Schiff »Rainbow Warrior« im Hafen von Auckland.

August: In einem Dreieckshandel beginnen die USA, heimlich Panzerabwehrwaffen an den Iran zu liefern.

Februar 1986: Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme wird in Stockholm auf offener Straße erschossen. Die Ermittlungen in dem Mordfall dauern bis heute an.

April: Als Vergeltung für den Terroranschlag auf die Diskothek »La Belle« in West-Berlin bombardieren die USA in der Operation »El Dorado Canyon« mehrere Ziele in Libyen.

April: Mit der Explosion von Block 4 des örtlichen Atomkraftwerks beginnt die Katastrophe von Tschernobyl.

November: Der »Iran-Contra-Deal«, ein Waffen-Dreieckshandel der USA über Israel mit +

staatszerfalls ein, der seinen Anfang direkt in der Sowjetunion und parallel in Jugoslawien nahm, dann Teile Zentralafrikas und schließlich die arabische Welt ergriff. Darüber hinaus zerstörten unterschiedlich zusammengesetzte »Allianzen der Willigen« 2003 die staatlichen Strukturen im Irak und ergriffen acht Jahre später in Libyen militärisch Partei, ohne dass es gelungen wäre, dort anschließend wieder dauerhaft stabile Strukturen zu errichten.

Merkmal dieses großflächigen Staatenzerfallsprozesses, der in die Krise geratene, vor allem prä-industrielle, vormoderne Staatswesen ergreift, ist der (partielle) Verlust der Steuerungsfähigkeit des Territorialstaates im Zuge von Gewaltkonflikten bis hin zum vollkommenen Zusammenbruch der Strukturen, insbesondere des Gewaltmonopols. An die Stelle des »gescheiterten« Territorialstaates treten nun bloße »Räume«, in denen sich lokal, bisweilen auch regional oder sogar transregional unterschiedlichste, sich oft überlappende Macht- und Herrschaftssysteme herausbilden, deren wesentliches Merkmal das hohe, durch niedrige Preise der Gewaltmittel und die Alimentierung aus dem globalen Markt perpetuierte Gewaltniveau ist, das in seinen konkreten Ausbrüchen oft arbiträr erscheint. Dieses Phänomen wird verschiedentlich mit dem Begriff der »neuen Kriege« bezeichnet.

Für die Staaten in den verbleibenden, sich zum Teil an der Schwelle zu post-industriellen Systemen bewegenden Stabilitätszonen hat dies zur Konsequenz, dass Räume der Instabilität von außen zunehmend unzugänglich werden und dass die Effekte der Zerfallserscheinungen zum einen durch ihre geographische Nähe, zum zweiten aber gerade auch durch den relativen Bedeutungsverlust territorialer Grenzen direkt in die Stabilitätsregionen hineindiffundieren. Dies belastet die eigenen gesellschaftlichen Strukturen in erheblichem Maße und bringt sie möglicherweise an den erodierenden Peripherien selbst an den Rand der Instabilität. Zugleich bieten die extrem komplexen, interdependenten Strukturen der industriellen und post-industriellen Systeme Gegnern neue, vielfältig ausnutzbare vulnerable Strukturen. Weit unterhalb der Schwelle klassischer Zwischenstaatenkriege können diese Strukturen zum einen durch staatliche Akteure im Rahmen »hybrider« Kriegsführung angegriffen werden. Zum anderen finden auch nicht-staatliche, klandestin aus räumlich kaum fassbaren Netzwerken heraus agierende Akteure hier leichte Ziele, zumal diese Akteure nicht mehr ganze Gemeinwesen attackieren, sondern eher kleinere Gruppen bis hin zu Individuen als Träger zu bekämpfender Weltanschauungen in den

Iran, fliegt nach einem Tipp an ein libanesisches Magazin auf.

Mai 1987: Am sowjetischen »Tag der Grenzstreitkräfte« landet Mathias Rust mit einem Sportflugzeug auf dem Roten Platz in Moskau.

Dezember: Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnen den INF-Vertrag, der die Nuklearrüstung mit Mittelstreckenraketen begrenzt.

Dezember: Mit dem westdeutschen Verteidigungsminister Manfred Wörner wird der erste, und bisher einzige Deutsche, zum Generalsekretär der Nato ernannt.

März 1988: Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe auf Kurden und Assyrier in Halabdscha

April: In Genf wird der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan beschlossen und vertraglich festgehalten.



Fokus nehmen, dabei aber durch die terrorisierende Wirkung ihrer Angriffe am Ende doch wieder ganze Gemeinwesen verunsichern.

Die Umbrüche in den Warschauer-Pakt-Staaten führten zu einem Zerfall der vor-

cherheitspolitik darüber hinaus notwendige Anpassungsschritte von einem territorial verfassten, auf der sequenziellen, eskalatorischen Abfolge der Maßnahmen beruhenden System (von Diplomatie über die Anwendung von *soft power* bis hin zur,

Mit unbemannten Waffensystemen ahmt man die Effekte von Entterritorialisierung und Entzeitlichung klandestin operierender nichtstaatlicher Akteure funktional nach.

herigen Ordnung, was zur Konsequenz hatte, dass die deutsche/europäische Sicherheitspolitik diese Gemeinwesen – wie zuvor Spanien, Portugal und Griechenland in den 1980er Jahren – mit Ausnahme Russlands als Reformstaaten in die bestehenden supranationalen Strukturen Nato und EU integrierte und sie so stabilisierte. Parallel dazu hat die deutsche Si-

bis 1989 nie erfolgten, Gewaltanwendung) hin zu einem funktional organisierten System vollzogen, das sich weniger an der Sicherung eines territorial definierten Gemeinwesens ausrichtet, sondern mehr am Schutz des Individuums und der von ihm gewählten Lebensart.

Damit verbunden war, dass die ursprüngliche Trennung der unterschiedli- +

Juli: Der Linienflug 655 der *Air-Iran* wird über dem Persischen Golf versehentlich vom US-Kreuzer USS »Vincennes« abgeschossen. Alle 290 Passagiere sterben.

August: Auf Drängen der UN endet Iran-Irak-Krieg (links) nach acht Jahren mit einem Waffenstillstand.

Dezember: Über dem schottischen Lockerbie bringt eine von libyschen Agenten platzierte Bombe den *PanAm*-Flug 103 zum Absturz (rechts); 270 Menschen kommen ums Leben.

Januar 1989: Kuba beginnt nach dreizehn Jahren Militärintervention in Angola mit dem



Abzug seiner Streitkräfte aus dem südwestafrikanischen Land.

Juni: Das chinesische Militär schlägt Studentenproteste auf dem »Platz des Himmlischen Friedens« nieder. +

chen staatlichen Sicherheitsakteure aufge-
weicht worden ist und diese nun vor allem
an ihren Primär- und Sekundärfähigkeiten
bewertet zum Einsatz gebracht werden –
beispielsweise im Fall der Streitkräfte un-
ter anderem aufgrund ihrer Transport-
oder polizeilichen Fähigkeiten. Seinen
Niederschlag fand dieser Paradigmen-
wechsel in der Entscheidung des Bundes-
verfassungsgerichts 1994, in deren Umset-
zung die Bundeswehr von einer strikt an
der Grenzverteidigung ausgerichteten
Armee zu einem in der Konsequenz nach
sicherheitspolitischen Opportunitäts-
erwägungen (und rechtlichen Einschränkungen
sowie vor allem immer im UN- oder Bünd-
niskontext) einzusetzenden Sicherheitsak-
teur gemacht wurde, dessen primäre Fä-
higkeit im Einsatz in Gewalträumen be-
steht, der aber darüber hinaus auch ande-
re, sekundäre Fähigkeiten wie Logistik
oder Sanität anbieten kann. Unmittelbare
Konsequenz waren – nach Beobachtermis-
sionen, UN-Unterstützung und den
»kleineren« Einsätzen in Kambodscha, in
Somalia und in der Adria – die Stabilisie-
rungseinsätze in Bosnien, im Kosovo und
in Afghanistan, die der »Schaffung eines
sicheren Umfeldes« dienten, in dem ande-
re Akteure infrastrukturelle, aber auch
gesellschaftlich-politische Aufbauarbeit
leisten konnten. In dieser Phase war die
Operation »Essential Harvest« in Mazedo-

nien 2001 wohl die einzige, die präventiv
einen Krieg verhindern half. Die Beteili-
gung an der Nato-Luftoperation Allied
Force 1999 als Kampfeinsatz war bedeut-
sam, weil diese Operation zum Katalysator
zur Stärkung einer »europäischen Sicher-
heitspolitik« wurde. Die Afghanistanmissi-
on wiederum beförderte das Konzept
»vernetzten« Vorgehens und führte die
Bundeswehr erstmals in Bodenkämpfe.
Heute kommen vor allem Ausbildungsmis-
sionen hinzu: Resolute Support in Afgha-
nistan, EUTM Somalia, EUTM Mali und der
Einsatz zur Ausbildungshilfe im Irak.

Aber die Adaption an die neue (Un-)
Ordnung hat nicht nur die Bundeswehr
geprägt. Andere Beispiele sind die ver-
schiedensten Maßnahmen zur Aufrechter-
haltung der inneren Sicherheit im Zeital-
ter des »internationalen Terrorismus«
nach 2001, die Umstrukturierungen von
Auswärtigem Amt (beispielsweise durch
die Schaffung der Abteilungen
»Internationale Ordnung, Vereinte Natio-
nen und Rüstungskontrolle« sowie
»Krisenprävention, Stabilisierung und
Konfliktnachsorge«) oder Bundesverteidi-
gungsministerium (im Rahmen der Neu-
gliederung, insbesondere die Aufstellung
der Abteilungen »Politik« sowie »Strategie
und Einsatz«), die Schaffung neuer Ein-
richtungen (wie etwa das Bundesamt für
Bevölkerungsschutz und Katastrophenhil-



9. November 1989: Die friedliche Revolution
in der DDR kulminiert in der Öffnung der Ber-
liner Mauer (oben).

November: Alfred Herrhausen, Vorstandsspre-
cher der Deutschen Bank, wird bei einem durch

die RAF begangenen Bombenattentat getötet.

August 1990: Mit der irakischen Invasion Ku-
waits beginnt der Zweite Golfkrieg.

September: Durch die Unterzeichnung des
»Zwei-plus-vier-Vertrags« gewinnt Deutsch-
land seine volle Souveränität zurück.

3. Oktober: Wiedervereinigung Deutschlands

Januar/Februar 1991: Mit der Operation
»Desert Storm« befreien US-geführte Koaliti-
onsstreitkräfte das irakisch besetzte Kuwait.

April: Der Präsident der Treuhandanstalt Det-
lev Rohwedder wird in seinem Haus erschos-

fe) oder die zunehmende ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ministerien und die Ausweitung der Funktionen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es gehören weiterhin auch Überlegungen dazu, Fähigkeiten transnational zu verschränken (unter anderem durch »pooling and sharing«) und in diesem Zusammenhang nationale Vorgaben und Vorbehalte unter Umständen einzuschränken (siehe dazu die Überlegungen in der sogenannten Rüge-Kommission).

Weiterhin sind Versuche der »Re-Symmetrierung« zu nennen, mit denen man »unkonventionellem« Vorgehen begegnet. Dazu gehören beispielsweise innerhalb des gesellschaftlich akzeptierten Rahmens die Entwicklung und der Einsatz unbemannter Waffensysteme, mit denen man die Effekte von Entterritorialisierung und Entzeitlichung klandestin operierender nichtstaatlicher Akteure funktional nachahmt. Und schließlich ist ganz allgemein die Anpassung der staatlichen Sicherheitsarchitektur an die gesamte Breite der »unknown knowns« zu nennen, von einer Rückkehr klassischer zwischenstaatlicher Kriege über hybride Kriege bis zu asymmetrischen Angriffen, aber auch die Vorbereitung auf singular auftretende »unknown unknowns«, also ein spekulatives Vorbereiten in Form eines flexiblen Krisenmanagements.

Ziel deutscher Sicherheitspolitik in der Zukunft muss sein, sich funktional an der »durchhaltetfähigen« Resilienz des eigenen gesellschaftlichen Systems auszurichten und dabei zugleich auf die notwendigerweise gerechte Verteilung der daraus erwachsenden individuellen Lasten zu achten (beispielsweise im Zusammenhang einer anhaltenden Aufnahme und Integration von Zuwanderern aus Instabilitätsregionen). Gleichzeitig muss Deutschland aber auch zur Resilienz anderer beitragen (beispielsweise durch Krisenprävention, aber auch durch Krisenmanagement und -nachsorge), und dies gilt insbesondere für Staaten und Regionen, die sich an der Peripherie des eigenen Stabilitätsraumes befinden. Der aktuelle Weißbuchprozess ist der geeignete Moment, den notwendigen öffentlichen Diskurs um Ziele und Wege der deutschen Sicherheitspolitik zu führen. •••

Dr. Stephan Böckenförde ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

sen. Er ist vermutlich das letzte Opfer der RAF.

Juni: Mit der Unabhängigkeit Sloweniens beginnen die »Jugoslawienkriege«.

Juli: Die Auflösung des »Warschauer Paktes« markiert das endgültige Ende der Ost-West-Konfrontation und des Kalten Krieges.

August 1992: Mehrtägige rechtsradikale Ausschreitungen gegen Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen bilden den Höhepunkt einer Reihe solcher Übergriffe seit Anfang 1991.

März 1993: Zerstörung der Neubau-JVA Weierstadt durch einen Bombenanschlag der RAF

März 1993: erster deutscher Blauhelmeinsatz zur Unterstützung der UN-Friedenstruppe »UNOSOM II« bis März 1994 in Somalia

September: Mit dem Oslo-I-Abkommen (unten) erkennen Israel und die PLO einander de facto +



Von der Verteidigung zur Intervention – und zurück?

von Heiko Biehl

an und der Nahostfriedensprozess beginnt.

April bis Juli 1994: Völkermord der Hutu an bis zu einer Million Tutsi und moderaten Hutu in Ruanda

Juli: Das Bundesverfassungsgericht fällt ein Grundsatzurteil, nach dem bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Bündnisgebiets mit einem Mandat des Bundestages rechtmäßig sind.

Dezember: Mit dem Versuch von russischen Truppen, Grosny zu erobern, beginnt der erste Tschetschenienkrieg.

Juli 1995: Bosnisch-serbische Paramilitärs verüben ein Massaker (unten) an mehr als 8.000 Bosniaken in der UN-Schutzzone von Srebrenica.

Juli: Joschka Fischer stößt angesichts der Vor-



Foto: Adam Jones/CC BY-SA 3.0

Die öffentliche Meinung über die deutsche Sicherheitspolitik offenbart ein ambivalentes Bild. Die Deutschen gelten traditionell als mehrheitlich militärskeptisch. Zwar wird der Einsatz von Streitkräften im Ausland, etwa zu humanitären Zwecken oder zur Stabilisierung, als politisches Mittel anerkannt. Die etwaige Anwendung militärischer Gewalt stößt allerdings mehrheitlich auf Ablehnung. Und während die Bündnisverteidigung auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens fußt, bleibt abzuwarten, inwieweit die Entwicklungen in Osteuropa eine tatsächliche (Rück-)Besinnung auf dieses Aufgabenfeld befördern.

Im August 1990 besetzte die irakische Armee Kuwait. Gestützt auf Mandate der Vereinten Nationen bildete sich daraufhin eine internationale Kriegskoalition unter Führung der USA, die im Frühjahr 1991 die irakischen Streitkräfte aus Kuwait herausdrängte. Deutschland beteiligte sich am Zweiten Golfkrieg mit der Lieferung von militärischem Gerät und erheblichen finanziellen Mitteln in Höhe von rund 18 Milliarden D-Mark. Das Engagement der Bundeswehr war hingegen überschaubar: Ein Minenabwehrverband der Marine wurde ins Mittelmeer entsendet sowie »Alpha-Jets« der Luftwaffe in die Türkei.

Die Gründe für die militärische Zurückhaltung der Deutschen waren vielfältig: Die Bundeswehr des Kalten Krieges war als Verteidigungsarmee auf Defensivszenarien in Mitteleuropa ausgerichtet. In Politik, Medien und Öffentlichkeit dominierte die Auffassung, dass die deutschen Streitkräfte aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben nur innerhalb des Nato-Gebietes eingesetzt werden dürften. Die deutsche Politik war zudem mit der Vereinigung und deren Folgen befasst. So wurde der 2+4-Vertrag erst im März 1991 von der Sowjetunion ratifiziert. Es existierten aber auch gravierende Vorbehalte der deut- +

gänge in Srebrenica mit seiner »Briefbombe« eine innerparteiliche Grundsatzdiskussion bei Bündnis90/ Die Grünen an.

November: Der israelische Ultranationalist Igal Amir erschießt den Ministerpräsidenten Israels und Friedensnobelpreisträger Yitzhak Rabin.

November: Das »Abkommen von Dayton« beendet den Bürgerkrieg in Bosnien. Der Friedensvertrag wird bis heute von multinationalen Truppen unter UN-Mandat abgesichert.

Dezember: Die Bundeswehr beteiligt sich an der Friedenssicherung in Bosnien-Herzegowina, zuerst in den Nato-Truppen »IFOR« und

später »SFOR« sowie ab 2004 bei der EU-Operation »Althea«.

August 1996: Die Rückeroberung Grosnys durch die Tschetschenen führt zu einem (vorläufigen) Friedensvertrag mit Russland.

November 1996: Der Nachrichtensender *Al Jazeera* nimmt sein Programm via Satellit von Katar aus auf und schickt sich an, das »CNN für den arabischsprachigen Raum« zu werden.

März 1997: Die Bundeswehr evakuiert in der Operation »Libelle« unter Waffeneinsatz erstmals deutsche Staatsbürger und andere aus dem von Unruhen erschütterten Tirana. +

schen Bevölkerung gegen den Krieg. Dies zeigte sich nicht nur in heftigen Debatten in den deutschen Medien sowie in der Absage von Karnevalsumzügen und Faschingsveranstaltungen. Die Bürgerinnen und Bürger trugen ihren Protest auch auf die Straße. Am 26. Januar 1991 demonstrierten in Bonn 200.000 Menschen gegen das – völkerrechtlich legitimierte – Eingreifen der internationalen Gemeinschaft zur Befreiung Kuwaits.

Auf die Euphorie der deutschen Vereinigung folgte somit unmittelbar die Ernüchterung des Zweiten Golfkrieges. Die Widerstände und Kontroversen um eine Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Allianz verdeutlichten, dass das geeignete Deutschland seine außen- und sicherheitspolitische Orientierung erst noch finden musste. In den nachfolgenden Jahrzehnten bewegte sich die deutsche Sicherheitspolitik dabei stets im Spannungsfeld zwischen den internationalen Entwicklungen, Anforderungen und Erwartungen einerseits und den nationalen Möglichkeiten, Vorbehalten und Rücksichten andererseits. Auf die Scheckbuchdiplomatie des Zweiten Golfkrieges folgte die quantitative und qualitative Ausweitung militärischer Engagements in Somalia, auf dem Balkan und in Afghanistan. Am Irakkrieg 2003 und am Libyenkrieg 2011 beteiligte sich die Bundesre-

publik – im Unterschied zu ihren westlichen Partnern – jedoch nicht.

Zieht man 25 Jahre nach der Deutschen Einheit eine Bilanz der öffentlichen Meinung zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr, dann ergibt sich ein facettenreiches Bild, das Kontinuität und Wandel erkennen lässt. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Bundeswehr als Institution, bei den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Ansehen genießt. Quer durch alle sozialen Gruppen wird ihr ein solch großes Vertrauen entgegen gebracht, wie es nur wenige andere öffentliche Einrichtungen, etwa die Polizei oder das Bundesverfassungsgericht, genießen. Internationale Vergleiche zeigen, dass die Bundeswehr einen ähnlichen Zuspruch erfährt wie die kontinentaleuropäischen Partnerarmeen. Zudem ist die Bundeswehr eine der ersten Einrichtungen des öffentlichen Lebens gewesen, die bereits in den 1990er Jahren in den alten wie in den neuen Bundesländern eine gleichermaßen hohe Akzeptanz erfahren hat. Das stolze Label »Armee der Einheit« trägt sie damit völlig zu Recht.

Blickt man auf die Aufgaben, die die Bürgerinnen und Bürger sich für ihre Streitkräfte wünschen und auf die Unterstützung für die diversen Einsätze, dann fällt das Bild schon differenzierter aus. Unstrittig ist in der Bevölkerung über den gesamten Zeitraum, dass die Bundeswehr

Juli 1997: Die VR China übernimmt die Kontrolle über das seit 1898 von Großbritannien als Kronkolonie gepachtete Hongkong (unten).

Juli und August: Das bis dato schwerste Hochwasser der Oder verwüstet weite Landstriche.



November: islamistische Terroranschlag auf Touristen in Luxor, Ägypten

Dezember: In Japan vereinbart die jährliche UN-Klimakonferenz das konkrete »Kyoto-Protokoll«, um den Ausstoß von Treibhausgasen global zu reduzieren.

April 1998: Selbstauflösung der RAF

August: Die russische Regierung erklärt den Staatsbankrott.

September: Die »Ära Kohl« geht nach 16 Jahren zu Ende. SPD und Bündnis90/Die Grünen können bilden nach den Wahlen zum 14. Bun-

zur Landesverteidigung und zu Katastropheneinsätzen wie beim Oder- und Elbehochwasser eingesetzt werden soll. Auch die Bündnisverteidigung erfährt stets mehrheitliche Zustimmung, wenngleich sich unter dem Einfluss internationaler

teil: Die öffentliche Zustimmung zu einem solchen Szenario stieg im Laufe der 1990er Jahre zwar zunächst an, allerdings ohne dass es zunächst zu einem solchen Engagement gekommen wäre. Der Kosovokrieg 1999 – ohne Mandat der Verein-

Auf die Euphorie der deutschen Vereinigung folgte unmittelbar die Ernüchterung des Zweiten Golfkrieges.

Ereignisse gewisse Schwankungen ergeben. Die Beteiligung an UN-Friedensmissionen unterstützte bereits Anfang der 1990er Jahre, parallel zu den Bundeswehrengagements in Kambodscha und Somalia, eine Mehrheit der Deutschen. Dies hat sich im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte nicht wesentlich geändert, weshalb Stabilisierungseinsätze mittlerweile als etablierte und gesellschaftlich akzeptierte Aufgabe der deutschen Streitkräfte gelten können.

Ein vergleichbares Fazit lässt sich für Kampfeinsätze nicht ziehen – im Gegen-

ten Nationen geführt und damit völkerrechtlich zumindest fragwürdig – veranschaulichte jedoch, wie brüchig diese Zustimmung war, wenn konkrete Einsätze und nicht abstrakte Szenarien zur Diskussion stehen. Die Beteiligung der Bundeswehr an den Luftschlägen gegen Jugoslawien fand nur eine knappe mehrheitliche Zustimmung, und in den neuen Bundesländern sprach sich eine deutliche Mehrheit dagegen aus. Unter dem Eindruck des 11. September 2001 wiederum befürworteten die meisten Deutschen das Engagement der Bundeswehr an der Seite der +

destag eine Regierungskoalition.

März 1999: Polen, Tschechien und Ungarn treten der Nato bei.

März bis Juni: Während des Kosovo-Krieges beteiligen sich mit der, ohne UN-Mandat geführten, Nato-Operation »Allied Force« erstmals Jagdbomber der Bundeswehr an einem Kampfeinsatz; bis heute bleiben deutsche Soldaten der »KFOR«-Schutztruppe im Kosovo stationiert.

Oktober: Russische Truppen marschieren erneut in Tschetschenien ein. Der zweite Tschetschenienkrieg beginnt.



März 2000: Wladimir Putin (oben) gewinnt die Präsidentschaftswahlen in Russland und tritt die Nachfolge von Boris Jelzin an.

Mai: Der Computerwurm »ILOVEYOU« infiziert binnen Tagen 45 Millionen PCs und +

amerikanischen und weiterer Partner in Afghanistan – zumal es als Beitrag zum Aufbau eines geschundenen Landes kommuniziert wurde.

Der Irakkrieg knapp anderthalb Jahre später provozierte wiederum heftigen Widerstand, der seinen Niederschlag nicht nur in Meinungsumfragen, sondern auch

nen zu beklagen hatte, sprach sich eine Mehrheit der Deutschen für den Rückzug aus Afghanistan aus.

Die Gretchenfrage der deutschen Sicherheitspolitik und des internationalen Engagements der Bundeswehr ist damit noch dieselbe wie zur Zeit der Vereinigung: Die Öffentlichkeit steht zur Bundeswehr, und

Es fehlt an Impulsen aus laufenden Einsätzen, die zu einer höheren Bereitschaft, militärische Mittel einzusetzen, beitragen könnten.

in Massendemonstrationen in Deutschland wie in vielen anderen Ländern fand. Der Einsatz in Afghanistan verlor im Laufe der Jahre aufgrund der Verschlechterung der Sicherheitslage und steigender Opferzahlen entscheidend an gesellschaftlichem Rückhalt. Spätestens seitdem die Bundeswehr ab etwa 2007 vermehrt in Kampfhandlungen involviert war und eine zunehmende Zahl von Gefalle-

sie unterstützt ihre Aufgaben von der Landesverteidigung bis hin zur Beteiligung an internationalen Stabilisierungsmaßnahmen. Offensive militärische Maßnahmen, Interventionen und Missionen mit kriegerischem Charakter lehnen die Deutschen jedoch ab. Die Gründe für diese Vorbehalte sind sicherlich in der deutschen Geschichte zu suchen. Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die politi-

verursacht einen Schaden von rund 23 Milliarden US-Dollar.

September: Die UN verabschieden ihre acht »Millennium-Entwicklungsziele«.

Januar 2001: Die Bundeswehr öffnet nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs alle Truppengattungen und Verwendungen für Frauen.

März: Die Taliban zerstören mit den Buddha-Statuen von Bamiyan in Afghanistan einen Teil des Weltkulturerbes.

September: Durch die Terroranschläge der al-

Qaida in New York und Washington, D.C. werden 2.989 Menschen getötet. In der Folge erklärt US-Präsident George W. Bush den »Krieg gegen den Terror«.

Dezember: Beginn der »ISAF«-Mission in Afghanistan; parallel dazu operiert eine »Koalition der Willigen« unter US-Führung im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« global.

Januar 2002: Einführung des Euro als Bargeld in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

November: Der SARS-Coronavirus löst die erste globale Pandemie des 21. Jahrhunderts aus.

schen Eliten sowie viele Soldatinnen und Soldaten, pflegen aufgrund der historischen Erfahrungen eine Kultur der militärischen Zurückhaltung.

Zugleich fehlt es an Impulsen aus den gegenwärtigen Konflikten und laufenden Einsätzen, die zu einer höheren Bereitschaft, militärische Mittel einzusetzen, beitragen könnten. Die Bilanz deutscher Sicherheitspolitik seit 1990 – und insbesondere aus dem Irakkrieg 2003 und dem Engagement in Afghanistan – ist kaum dazu angetan, die Deutschen zu einem intensiveren militärischen Engagement zu ermutigen. Mit Blick auf die Annexion der Krim durch Russland und den Ukrainekonflikt stellt sich ohnehin die Frage, ob die deutsche Sicherheitspolitik derzeit nicht eine entscheidende Wendung nimmt und die Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahrzehnte wesentlich revidiert wird. Die deutsche Politik hat zum Ausdruck gebracht, dass sie sich in den kommenden Jahren zuvorderst auf die Bündnisverteidigung konzentrieren und als Partner für die mittel- und osteuropäischen Partner präsentieren will. Eine solche Ausrichtung passt sicherlich besser zur hiesigen sicherheitspolitischen Tradition, zur militärischen Kultur der Bundeswehr und zu den Präferenzen der Bevölkerung als die internationalen Missionen der letzten Jahrzehnte.

Damit eine solche Rück-Orientierung auf die Bündnisverteidigung jedoch gelingt, bedarf es glaubwürdiger Anstrengungen. Erste Schritte deuten darauf hin, dass die politischen Eliten in Deutschland durchaus bereit sind, sich künftig weitaus aktiver in der gemeinsamen Verteidigung zu engagieren, als dies in den letzten Jahrzehnten im internationalen Konfliktmanagement oftmals der Fall gewesen ist. Dies belegt nicht zuletzt die Bereitschaft, mehr in die Verteidigung zu investieren. Für Politik und Streitkräfte kommt es nun darauf an, diese Bemühungen den Partnern und potenziellen Gegnern glaubwürdig zu kommunizieren und vor allem die eigenen Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitzunehmen. •••

Dr. Heiko Biehl ist Politologe und Militärsoziologe am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

März 2003: Beginn des (Dritten) Irakkrieges mit dem erklärten amerikanischen Ziel, Saddam Hussein zu entmachten

Juni: In Afghanistan werden durch ein erstes Selbstmordattentat auf deutsche Soldaten vier

getötet und zahlreiche weitere verwundet, als sie im Bus unterwegs zum Flughafen Kabul sind.

März 2004: Bei islamistischen Terroranschlägen auf Züge in Madrid sterben 191 Menschen.

Dezember: Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern richten das »Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum« zur Abwehr islamistischer Bedrohungen ein.

Dezember: Ein gewaltiges Seebeben im Indischen Ozean (links) zerstört Küstenregionen von Sri Lanka bis Sumatra; Hunderttausende sterben.

+ S. 48



Foto: David Rydevik



Last der Verantwortung

von Karl-Heinz Kamp

War Nine-Eleven nur eine Episode? Aus Perspektive Berlins scheint es fast so. Von größerer Bedeutung in der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges war vielleicht noch eher das Jahr 2014. Denn mit dem Russland-Ukraine-Konflikt ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Für so ein neues Zeitalter braucht es eine neue deutsche Sicherheitspolitik.



Welchen Beitrag muss Deutschland zur Verteidigung seiner Nato-Partner leisten? Kampfpanzer Leopard 2A6 der Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne während der Gefechtsübung »Grantiger Löwe 2015« im Februar 2015.

Als Anfang 2014 deutsche Spitzenpolitiker auf der Münchner Sicherheitskonferenz ein größeres deutsches Engagement in internationalen Krisen und Konflikten versprochen, waren die Reaktionen eher gemischt. Weite Teile der heimischen Öffentlichkeit reagierten ablehnend, hatte man sich doch allzu wohl in der Nische des Heraushaltens aus den internationalen Verstrickungen – sofern sie nicht Export und Handel betrafen – eingerichtet. Deutschlands Nachbarn und Verbündete horchten zwar auf, als der Bundespräsident ein neues außenpolitisches Verantwortungsbewusstsein skizzierte, das dem wirtschaftlichen Gewicht des Landes entsprechen müsse. So recht wollte aber kaum jemand an eine wirkliche Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik glauben. Zu lange hatten ganze Politikergenerationen den Grundsatz von der »Kultur der Zurückhaltung« hochgehalten.

Heute reibt man sich erstaunt die Augen: Deutschland hat sich von einem Land, dem stets eine gewisse »Machtvergessenheit« unterstellt wurde, zum zentralen außenpolitischen Akteur Europas entwickelt. In der Ukraine-Krise ist die Bundeskanzlerin und nicht, wie in der internationalen Sicherheitspolitik sonst meist der Fall, der amerikanische Präsident die entscheidende Figur. Deutschland organisiert einerseits den transatlantischen Konsens gegen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und gegen Putins aggressive Außenpolitik. Andererseits sorgt es dafür, dass der Gesprächsfaden zu Moskau nicht abreißt und die Möglichkeit politischer Verhandlungslösungen stets gewahrt bleibt. Gegenüber den besorgten Bündnispartnern in Osteuropa übt sich die Bundesregierung in sichtbarer Solidarität und trägt erheblich zum Aufbau neuer Nato-Verteidigungskapazitäten bei. Da dies ohne eine Aufstockung der verfügbaren Mittel nicht machbar ist, wird jetzt sogar der Verteidigungshaushalt angehoben. Selbst wenn es sich nur um eine eher moderate Erhöhung handelt, wäre allein die Forderung nach mehr Geld für die Streitkräfte +

noch vor nicht allzu langer Zeit undenkbar gewesen.

Auch politisch werden scheinbar unverrückbare Grenzen überschritten. Im Kampf gegen den Zerfall staatlicher Ordnung im Mittleren Osten und gegen die Gewalt-herrschaft des »Islamischen Staates« liefert Deutschland Waffen an kurdische Peshmerga-Kämpfer und war gleichzeitig an zentraler Stelle an der Einhegung der nuklearen Ambitionen des Iran beteiligt.

Am erstaunlichsten aber scheint, dass all dies gegen die Öffentliche Meinung in Deutschland durchgesetzt wurde, die sich mehrheitlich immer noch nach dem Dasein einer vergrößerten Schweiz sehnt: man möchte ruhig seinen Geschäften nachgehen, von den internationalen Herausforderungen und Gefahren aber bitte verschont bleiben. Darüber hinaus offenbarten Leserkommentare in Tages- und Wochenzeitschriften oft ein merkwürdiges Weltbild. Darin fantasieren Bundesbürger – unterstützt von Vertretern der äußersten Linken und Rechten – von der aggressiven Nato und der expansiven EU. Diese hätten Russland ausgegrenzt und zum Überfall auf die Ukraine getrieben. Glaubt man diesen Meinungsäußerungen, dann waren es die USA, die den »Islamischen Staat« erst möglich gemacht haben und vom Chaos in der arabischen Welt profitieren wollen. Für die Eskalation des Konflikts

mit Russland sei Washington natürlich auch verantwortlich. Allerdings möchte niemand dieser Russland-Befürworter wirklich in Moskau leben und seine Kinder schicken man – wenn die Finanzen es zulassen – auch gerne auf eine amerikanische Universität. Um die begehrten Studienplätze auf der anderen Seite des Atlantiks konkurriert man dann mit dem Nachwuchs russischer Eliten, deren Ablehnung alles Amerikanischen spätestens bei den Bildungschancen der eigenen Kinder endet. Diesen Merkwürdigkeiten entzieht sich die Bundesregierung, indem sie politische Führung zeigt und gegen die Demoskopie entscheidet.

Allerdings konnte bei der Verkündung des sicherheitspolitischen Kurswechsels Anfang 2014 noch niemand ahnen, wie dringend eine deutsche Führungsrolle werden würde. Mit den immer aggressiveren Worten und Taten der Putin-Regierung in Osteuropa zerstoßen die Träume, mit einem partnerschaftlichen Russland eine dauerhafte euro-atlantische Friedensordnung aufbauen zu können. Im Mittleren Osten und in Nordafrika breiten sich islamistische Gruppen aus, die in ihrem Streben nach grenzüberschreitenden Kalifaten von vermeintlichen Entscheidungsschlachten gegen die Ungläubigen nördlich des Mittelmeers träumen. Die Folge ist, dass gerade die Nato sich wieder

März 2005: Der Bundestag verabschiedet das »Parlamentsbeteiligungsgesetz« zur Kontrolle von Bundeswehreinsätzen.

Juli: Bei islamistischen Terroranschlägen auf den Personennahverkehr in London kommen 56 Menschen ums Leben.

Oktober und November: Gewalttätige soziale Unruhen in Paris und ganz Frankreich bringen die Behörden an ihre Grenzen.

November: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten benennt sich um in »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen«.

April 2006: Iran Präsident Mahmud Ahmadinedschad erklärt das Land zur Atommacht.

Juni: Der »Supreme Court« der USA verlangt von der Regierung, wegen schwerer Menschenrechtsverstöße im Militärgefängnis Gu-



Foto: Marek Peters/GNU Free Documentation License

stärker an ihrer Gründungsaufgabe, der Verteidigung des Bündnisgebietes und der Sicherheit ihrer Mitglieder orientiert.

Wie geht es nun aber weiter mit der sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands – welchen Kurs wird Berlin angesichts der Veränderungen in Osteuropa und in der arabischen Welt verfolgen? Vor allem vier Einsichten dürften die

mit einer weiteren Amtszeit, die dann bis 2024 dauern würde. Rund zehn Jahre sind es auch, die von vielen Ökonomen als der Zeitraum angenommen wird, den Russland trotz eigener wirtschaftlicher Schwäche und der fundamentalen Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt mehr oder minder gut überstehen könnte. Ob es danach zu der längst überfälligen wirtschaft-

Die öffentliche Meinung in Deutschland scheint sich immer noch nach dem Dasein einer vergrößerten Schweiz zu sehnen.

deutsche Sicherheitspolitik künftig leiten und die Richtschnur für die Entscheidungsfindung bilden.

Erstens sind die Großmachtträume Moskaus und sein aggressives Vorgehen in Osteuropa kein vorübergehendes Problem und keine politische Schlechtwetterfront. Stattdessen handelt es sich um einen grundlegenden Klimawandel, der mindestens bis in die kommende Dekade anhalten dürfte. Schließlich liebäugelt Putin

lichen, politischen und gesellschaftlichen Modernisierung Russlands kommen wird oder zu einer sich beschleunigenden Abwärtsspirale, ist derzeit offen.

Zweitens wird Deutschland die gewaltsame Änderung der Grenzen in Europa durch Russland nicht hinnehmen. Wenn sich die Krim-Frage derzeit nicht beantworten lässt, dann wird sie so lange offen bleiben müssen, bis sich eine für alle Seiten akzeptable Lösung findet. Im Falle der +

antánamo, die Genfer Konvention einzuhalten.

Juli: Mit einem Überfall der Hisbollah auf israelische Streitkräfte beginnt der »Libanonkrieg«.

Juli: An den Hauptbahnhöfen von Koblenz und Dortmund werden Kofferbomben islamistischer Terroristen entdeckt. Konstruktionsmängel verhindern eine Explosion.

Juni: In Heiligendamm findet, begleitet von Protesten und besonders scharfen Sicherheitsvorkehrungen, der G8-Gipfel statt (links).

August: Mit der »Subprime Crisis« in den USA beginnt die globale Wirtschaftskrise (rechts).



September: Deutsche Behörden heben eine islamistische Terrorzelle, »Sauerland-Gruppe« genannt, aus, bevor sie Anschläge verübt.

Dezember: Der Vertrag von Lissabon erweitert die Kompetenzen europäischer Institutionen +

deutschen Teilung hat dies vier Jahrzehnte gedauert. Die von deutschen Politikern geäußerte Vorstellung, man müsse den Status Quo um des lieben Friedens willen für alle Zeit anerkennen, ist abwegig. Klar ist aber auch, dass es mit Berlin keine übereilte Aufnahme der Ukraine in die Nato oder die EU geben wird. Das Land ist von einer Beitrittsreife für beide Institutionen noch weit entfernt und wird sich

abschwächen, dass die Möglichkeiten einer Intervention von außen – ob militärisch oder zivil – äußerst gering sind. Auch hat das westliche Handeln in Afghanistan oder Libyen gezeigt, dass auch eine vermeintlich erfolgreiche Operation nicht notwendigerweise zu Frieden und Stabilität führen muss. Die allseits verbreitete Interventionsmüdigkeit ist deshalb nur zu verständlich. Ein Schwerpunkt im Kampf

Ein Schwerpunkt im Kampf gegen islamistische Gewalt muss auf der Stärkung der »Resilienz« westlicher Gesellschaften gegenüber Fanatikern liegen.

zuerst zu einem funktionierenden Staat entwickeln müssen. Hierbei wird man Hilfe leisten – die größten Anstrengungen wird die Ukraine aber selbst unternehmen müssen.

Drittens belegt die verworrene Lage im Mittleren Osten und in Nordafrika, in der Regionalmächte den Kampf religiöser Fanatiker gegeneinander anheizen statt

gegen islamistische Gewalt muss deshalb auf dem Schutz des eigenen Territoriums vor religiösem Terrorismus und auf der Stärkung der »Resilienz« westlicher Gesellschaften gegenüber islamistischen Fanatikern liegen. Dessen ungeachtet wird man mit den gewaltigen Flüchtlingsströmen fertig werden müssen, die sich derzeit über Europa ergießen.

wie Kommission und Parlament; ein Verfassungsvertrag war zuvor am Widerstand Frankreichs und der Niederlande gescheitert.

September 2008: Die offizielle Verkündung einer Rezession in Irland markiert den Beginn der Staatsschuldenkrise in der Eurozone.

Oktober: Verteidigungsminister Franz-Josef Jung bezeichnet zwei in Afghanistan getötete deutsche Soldaten erstmals als »Gefallene«.

Dezember 2008: Beginn der EU-Antipiraterieoperation »Atalanta« am Horn von Afrika

April 2009: Schweinegrippe-Pandemie, ausge-

hend von Mexiko, mit rund 18.000 Toten weltweit bis August 2010

September: Eine durch die Bundeswehr angeforderte Bombardierung zweier durch die Taliban entführter Tanklaster nahe Kundus fordert zahlreiche Tote, darunter viele Zivilisten.

Oktober: Beginn der Verhandlungen der »P5+1«-Gruppe, ständige UN-Sicherheitsratsmitglieder und Deutschland, mit Iran über dessen Atomprogramm

April 2010: Innerhalb von zwei Wochen werden in Afghanistan sieben deutsche Soldaten durch Anschläge und im Gefecht getötet; an-

Viertens schließlich wird sich Deutschland nicht allein auf die Krisenherde im Osten und im Süden konzentrieren können. Selbst wenn die Landes- und Bündnisverteidigung wieder im Mittelpunkt steht, kann der sicherheitspolitische Horizont nicht auf Europa und die angrenzenden Regionen beschränkt bleiben. Wachsende Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum sind für Deutschland als größte Wirtschaftsmacht der EU und viertgrößte der Welt von erheblicher Bedeutung. Dabei ist Asien nicht nur wirtschaftlich von enormer Relevanz. Es beherbergt darüber hinaus mit China, Indien, Pakistan und Russland vier Nuklearmächte, die einander nicht immer friedlich gesonnen sind. Ohnehin dürfte die Frage, wie sich China künftig weltpolitisch orientiert, global von deutlich größerer Bedeutung sein als der weitere Kurs Russlands. Ungeachtet der Spannungen in seiner Nachbarschaft wird Deutschland deshalb den Rundumblick auf die internationale Sicherheitspolitik beibehalten müssen.

Die Erkenntnis, dass Sicherheit und Frieden keine Selbstläufer sind, sondern durch aktives Handeln erzeugt und gefördert werden müssen, muss kontinuierlich gegenüber einer stabilitätsverwöhnten deutschen Öffentlichkeit mit Tendenzen zur Nabelschau vermittelt werden. Dazu gehört auch die Einsicht, dass politische Führung – egal mit welchem Ergebnis –

stets Kritik erzeugt. Die Reaktionen in Griechenland auf die nachvollziehbare deutsche Forderung, Einnahmen und Ausgaben irgendwann in eine Balance zu bringen, belegen das deutlich. Ein sicherheitspolitisch engagiertes Deutschland wird sich an den englischen Leitsatz gewöhnen müssen: »Damned if you do and damned if you don't.« ...

Dr. Karl-Heinz Kamp ist Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

gesichts dessen nähern sich Vertreter der Bundesregierung zögerlich dem Begriff »Krieg«.

Juni: Der Computerwurm »Stuxnet« greift von Siemens produzierte Steuerungssysteme im iranischen Atomprogramm an.



Dezember: Nach der Selbstverbrennung des arbeitslosen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im tunesischen Sidi Bouzid beginnt der »Arabische Frühling« (links).

Januar 2011: Die »Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit« (GIZ) entsteht durch Fusion von GTZ mit InWEnt und DED.

März: Reaktorkatastrophe von Fukushima, in deren Folge die Bundesregierung den Atomausstieg Deutschlands rapide (erneut) beschließt

März: Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet die Resolution 1973 zum Schutz der libyschen

+ S. 58

Dranbleiben!

von Winfried Nachtwei



Bereits vierzehn Jahre dauert er nun schon an, der Einsatz in Afghanistan. Und ebenso lange begleitet Winfried Nachtwei – als Abgeordneter des Bundestages und darüber hinaus – das Engagement deutscher Diplomaten, Entwicklungshelfer, Soldaten und Polizisten am Hindukusch mit wachem Auge und klarer Stimme. Ein Blick zurück auf Hoffnungen, Engagement, Erfolge und strategische Fehler – und eine Warnung vor einem übereilten Abzug



Ein Soldat aus dem deutschen Feldlager bei Feyzabad im Norden Afghanistans überwacht im August 2009 das Geschehen in der Stadt Baharak.

Vor zwei Jahren verließ die Bundeswehr nach fast zehn Jahren das nordafghanische Kundus. Mit dem Ende des ISAF-Einsatzes im Dezember 2014 schien das Kapitel Afghanistan für viele abgeschlossen: in den Medien kein Thema mehr, unübersehbare Afghanistanernüchterung und -ermüdung im politischen Berlin, wo die nahen Kriegsbrände und jetzt die Flüchtlingskrise alles andere in den Schatten stellen. Gegner des Afghanistaneinsatzes hegten die Erwartung, dass mit dem Abzug internationaler Truppen auch der Krieg am Hindukusch erlöschen würde. Truppenstellende Regierungen konstatierten reichlich

das kriegszerstörte und von der Taliban-Herrschaft befreite Afghanistan beim Übergang zum Frieden unterstützt werden. Außenminister Fischer sagte damals, es gebe kein dauerhaftes deutsches Interesse an Afghanistan und keine Absicht, wie im Kosovo länger zu bleiben. UN-Experten, die zu Realismus und Konsequenz mahnten, fanden kaum Gehör.

Als 13 Jahre später der komplizierteste, teuerste und opferreichste Großeinsatz der Bundeswehr mit ISAF zu Ende ging, wäre eine systematische Bilanz und Wirkungsanalyse des zivil-polizeilich-militärischen Engagements überfällig

Mit dem Ende des ISAF-Einsatzes schien das Kapitel Afghanistan für viele abgeschlossen.

selbstzufrieden, nach so langer Aufbauunterstützung könnten nun die afghanischen Sicherheitskräfte selbst ausreichend Sicherheit gewährleisten.

Beide Erwartungen wurden eines Schlechteren belehrt: So hoch wie nie war laut UNAMA im ersten Halbjahr 2015 die Zahl der Zivilopfer im Kontext des bewaffneten Konflikts; die afghanischen Sicherheitskräfte haben pro Woche etwa 100 Gefallene zu beklagen – dreimal so viele wie auf Seiten der Bundeswehr in 13 Jahren. Die fast kampfflose Einnahme von Kundus durch die Taliban am 28. September und die sehr mühsame Rückgewinnung der Provinzhauptstadt erst etliche Tage später machten unübersehbar deutlich: Afghanistan droht wegzurutschen! Wie konnte es dazu kommen? Was ist zu tun?

Als wir im Bundestag am 22. Dezember 2001 erstmalig über die deutsche Beteiligung an der Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF abstimmten, war das wenig kontrovers und friedenspolitisch nahezu selbstverständlich: Im UN-Auftrag sollte

gewesen. Das wurde bis heute nicht geleistet. Die Meinungen über die Wirksamkeit des internationalen und deutschen Afghanistan-Engagements gingen weit auseinander: Von Erfolg sprach niemand, viele von verfehlten Zielen und gemischter Bilanz, andere von Scheitern.

Das erste Hauptziel des Afghanistaneinsatzes unter dem Namen »Operation Enduring Freedom« war, dem internationalen Terrornetzwerk al-Qaida sein Hinterland zu nehmen. Das gelang zunächst, allerdings weder gründlich noch nachhaltig. Die Grenzgebiete zu Pakistan entwickelten sich schnell zum Rückzugsgebiet für al-Qaida und Taliban. Hier konnten sich die Taliban reorganisieren und schon ab 2003 wieder in den afghanischen Süden einsickern.

Das zweite Hauptziel war, mit Hilfe von ISAF für die Interimsregierung und die internationale Hilfe ein sicheres Umfeld zu schaffen. Nach den Fortschritten der ersten Jahre kehrte ab 2006, erkennbar vor allem im Süden, der Krieg nach Afghanis-



Frieden und Arbeit: Afghaninnen und Afghanen
in einer Pistazien-Manufaktur (oben) und in einer
Wollfabrik in Herat





Fotos: UN Photo/Fardin Waezi

Entwicklung und Stabilität: in Kabul in einem Wahllokal während der Präsidentschaftswahlen 2014 (oben) und bei der Ausbildung von Polizistinnen in der Polizeiakademie



tan zurück. Von da an erhöhten sich auch die Feindkontakte der Bundeswehr im Norden, war der Stabilisierungseinsatz zunehmend mit einem Guerilla- und Terrorkrieg konfrontiert, ab 2009 mit komplexen Angriffen. Das landesweite Vorrücken der Aufstandsbewegung konnte nach Verstärkung vor allem der US-Kräfte durch die große Counterinsurgency-Anstrengung ab 2010 kurzzeitig zurückgedrängt werden. Erstmals in ihrer Geschichte stand die Bundeswehr in harten Bodenkämpfen: 2010/2011 hatten deutsche Soldaten etwa 160 Feindkontakte, standen in 65 Feuergefechten mit eigenem Schusswaffengebrauch und hatten 15 Gefallene, 114 körperlich und wohl noch mehr seelisch Verwundete zu beklagen. Jahrelang vernachlässigt, bekam die Aufbauhilfe für die afghanischen Sicherheitskräfte erst ab 2006/2008 den nötigen Schub. Die afghanischen Sicherheitskräfte machten dabei bemerkenswerte Fortschritte in der eigenständigen Operationsfähigkeit.

Beim dritten Hauptziel, der Förderung von Aufbau und Entwicklung, gab es unbe-

schwächt durch schlechte Regierungsführung und Korruption. Wer 2002 nach Kabul kam, sah die krassen Zerstörungen, erlebte aber auch viel Hoffnung auf Besserung.

Dass viele dieser Hoffnungen enttäuscht, Ziele nicht erreicht wurden und Krieg zurückkehrte, wurde durch strategische Fehler begünstigt:

1. Die internationale Gemeinschaft agierte jahrelang auf der Basis allgemeiner UN-Mandate ohne gemeinsame Strategie, ja mit konträren strategischen Ansätzen. Die USA waren etwa jahrelang auf die militärische Terrorbekämpfung fixiert und nahmen dabei wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Mit dem US-geführten Irakkrieg wurden dem internationalen Afghanistanengagement zudem dringend notwendige Ressourcen entzogen.

2. Nationen, die primär den Aufbau unterstützen wollten – so Deutschland –, unterschätzten die Herausforderung von Staatsaufbau unter solchen widrigen Voraussetzungen.

Staatliche Institutionen sind oft eher Fassaden und geschwächt durch Korruption.

streitbar Teilfortschritte, wenn auch mit erheblichen regionalen Unterschieden: deutlich gesunkene Kindersterblichkeit, verbesserte Zugänge zu Trinkwasser, Energie, vor allem Bildung, Kommunikation und Medienvielfalt. Dafür stehen beispielhaft die von der deutschen GIZ initiierten großen Alphabetisierungsprogramme für Polizisten (inzwischen 2.000 einheimische Trainer) oder die »Teacher Training Colleges« im Norden. Trotzdem: Afghanistan bleibt eines der ärmsten Länder der Welt. Staatliche Institutionen wurden aufgebaut, sind oft aber eher Fassaden und ge-

3. Eklatant war jahrelang die Kluft zwischen internationalen Militäraufwendungen und Aufbauhilfe.

4. Fixiert auf Zentralstaatlichkeit wurde lange die in Afghanistan so wichtige regionale und lokale Ebene vernachlässigt. Bündnisse mit Kriegsherren konterkarieren zudem den Anspruch von Rechtsstaatsförderung.

5. Viel zu lange blieb die massive Förderung der Aufstandsbewegung von pakistanischer Seite ausgeblendet.

+

6. Vorherrschende Neigungen zu Schönrederei förderten Realitätsverlust, erschwerten eine Politik mit Bodenhaftung und Erfolgsaussichten. Einen Höhepunkt erreichte die vor allem innenpolitisch motivierte Realitätsverweigerung mit dem fixen ISAF-Abzugstermin Ende 2014 – ohne Rücksicht auf die tatsächliche Übernahmefähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte, aber mit dem unausgesprochenen Angebot an die Aufständischen, auf »ihre Zeit« zu warten.

Hundertern deutschen Soldaten, aber auch Polizisten, Zivilexperten und Diplo-

Der Knackpunkt des mit der Zeit abdriftenden Einsatzes war ein kollektives politisches Führungsveragen in den Hauptstädten, auch in Berlin. Als Mitauftraggeber der Einsätze tragen besonders wir Außen- und Verteidigungspolitiker daran erhebliche Mitverantwortung. Koalitionsmehrheiten verweigerten jahrelang eine ehrliche und systematische Wirkungsbeobachtung des Einsatzes – erste Voraussetzung einer realitätsnahen und wirkungsorientierten Aufbauunterstützung.

Deutschland und die Internationale Gemeinschaft hatten Afghanistan eine verlässliche Aufbaupartnerschaft über das

Einen Höhepunkt erreichte die Realitätsverweigerung mit dem fixen ISAF-Abzugstermin Ende 2014.

maten bin ich in Afghanistan begegnet. Zu vielen Afghanistanrückkehrern habe ich Kontakt. Diese Frauen und Männer habe ich durchweg als sehr professionell, einsatzfreudig und umsichtig erlebt. Sie haben sich um den Aufbau des Landes und Friedenssicherung in einem kriegszerrütteten Land verdient gemacht.

ISAF-Ende hinaus versprochen. Allein im Auftrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit arbeiteten in Afghanistan Anfang 2015 etwa 2.000 Frauen und Männer, davon 230 entsandte aus Deutschland und Drittstaaten. Den ISAF-Kampftruppen folgte ab Januar 2015 die Beratungsmission »Resolute Support«.

Zivilbevölkerung, welche durch die »Responsibility to Protect« ein multinationales Eingreifen in den Bürgerkrieg ermöglicht.

Mai: Eine US-Spezialeinheit tötet bei einem nächtlichen Kommandoeinsatz im pakistanischen Abbottabad den al-Qaida-Führer Osama bin Laden.

Juli: Als das Assad-Regime Proteste blutig unterdrückt, entsteht aus der Opposition die »Freie Syrische Armee«; damit beginnt der bis heute andauernde Bürgerkrieg in Syrien.

Juli: Anschläge des Einzeltäters Anders Breivik in Norwegen

August: Gewalttätige soziale Unruhen erschüttern London und weitere britische Städte.

November: Die Existenz des »Nationalsozialistischen Untergrunds« wird bekannt; der Gruppe werden zehn Morde seit September 2000 zugeschrieben.

November: Mit über fünf Tagen Dauer findet unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen der bislang längste »Castor«-Atomülltransport von La Hague nach Gorleben statt.

Juni 2012: Das revolutionäre Ägypten wählt in demokratischer Abstimmung den Muslimbruder Mohammed Mursi zum Präsidenten; gut

Ihre über 13.000 Soldaten (davon bis zu 980 deutsche) sollten in Kabul und vier Regionalzentren Beratung und Ausbildung der afghanischen Armee auf der Spitzenebene gewährleisten. Ohne eine solche Mission würden, so die verbreitete Einschätzung, die afghanischen Sicherheitskräfte schnell zerbröseln. Aber wäre mit diesem Kräfteansatz und dem engen Zeitplan – der Rückzug auf Kabul im Jahr 2016 und Ende 2016 der Vollabzug – der Auftrag überhaupt seriös erfüllbar, oder handelt es sich hier eher um Symbolpolitik? Der Fall von Kundus – und die beunruhigende Lage in anderen Landesteilen – hat diese Zweifel leider bestätigt. Er wirkt hoffentlich als Weckruf.

Wo heutzutage der verstärkte Kampf gegen Fluchtursachen gefordert wird, ist Afghanistan ein Brennpunkt: Hier ist internationale und deutsche Politik in besonderer Verantwortung, hier hat Deutschland besondere Wirkungsmöglichkeiten. Vordringlich ist, die Realitäten in Afghanistan endlich ungeschminkt wahrzunehmen und daraus konsequente Schlussfolgerungen zu ziehen: Dazu gehört die Verlängerung, Überprüfung und Effektivierung der Beratungsmission.

Aber auch diese Schritte werden auf die Dauer ein Kampf gegen Windmühlenflügel sein, wenn die afghanische Führungsschicht nicht endlich handlungsfähiger und wenn nicht eine Verhandlungslösung

mit den Aufständischen gefunden wird. An Afghanistan »dranzubleiben«, ist nicht zuletzt eine Verpflichtung gegenüber den zehntausenden Frauen und Männern in Uniform und Zivil, die demokratisch legitimiert nach Afghanistan entsandt wurden und deren Einsatz nicht umsonst gewesen sein darf. •••

Winfried Nachtwei war von 1994 bis 2009 MdB für Bündnis90/Die Grünen, ist Mitglied im Beirat »Innere Führung« des Verteidigungsministerium und im Beirat »Zivile Krisenprävention« des Auswärtigen Amts. Er hat intensiv wie kaum ein anderer Parlamentarier ab 2001 den Einsatz in Afghanistan begleitet – und tut dies immer noch.

elf Monate später putscht das Militär mit populärer Unterstützung gegen ihn.

Juni 2013: Mit den Enthüllungen Edward Snowdens beginnt die NSA-Abhöraffäre.

Oktober: Bei einem Bootsunglück vor der itali-

enischen Insel Lampedusa ertrinken knapp 400 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer; 23.000 sollen seit 2000 auf diese Weise umgekommen sein.

November: Genfer Interimsabkommen der »P5+1« mit Iran

Dezember: Massenproteste in Kiew (links) fordern den Rücktritt des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch; vor dieser Bewegung des »Euromaidan« flüchtet jener Wochen später nach Russland.

März 2014: Nach einem Referendum annektiert die Russische Föderation die Krim – da- +

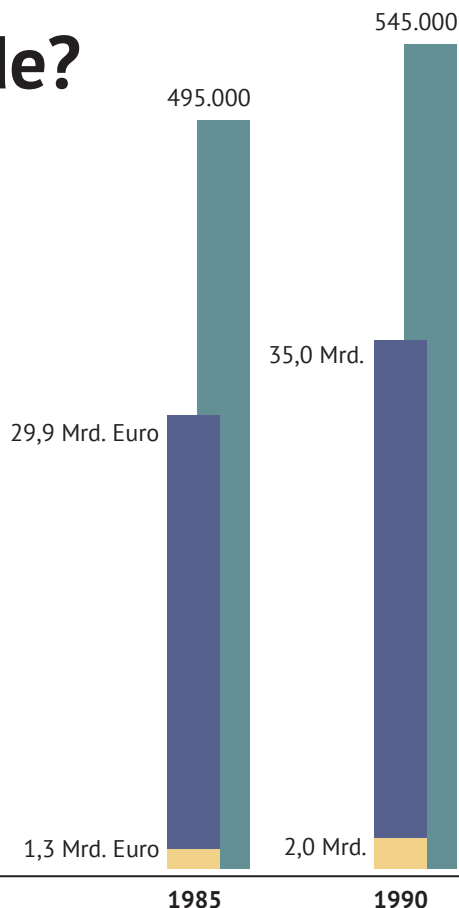


Foto: Nessa Gnatoush/CC BY 2.0

Welche Friedensdividende?

Die Euphorie währte nur kurz: Am Ende des Kalten Krieges schien in Europa eine massive Abrüstung möglich und die eingesparten Mittel sollten in die friedliche Entwicklung des wieder geeinigten Kontinents fließen. Für ein Jahr nur, 1990, besaß das vereinte Deutschland die größte Zahl an Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg und das höchste Militärbudget seither. Danach war die NVA »abgewickelt« und die Kopfstärke der Bundeswehr sinkt seither kontinuierlich. Doch die Friedensdividende blieb aus; der Verteidigungsetat sank nie unter das Niveau des Kalten Krieges, 2010 war er erstmals größer als 1990.

Wie ein Trost erscheint es, dass die wirtschaftsstarke Bundesrepublik immer mehr Mittel in die Entwicklungshilfe fließen lässt. Die finanzpolitische Schlussfolgerung aus dem »vernetzten Ansatz«. **mmo**



Quellen: SIPRI, Statista.de; AidData.org



mit wird der Konflikt in der Ukraine zur internationalen Krise.

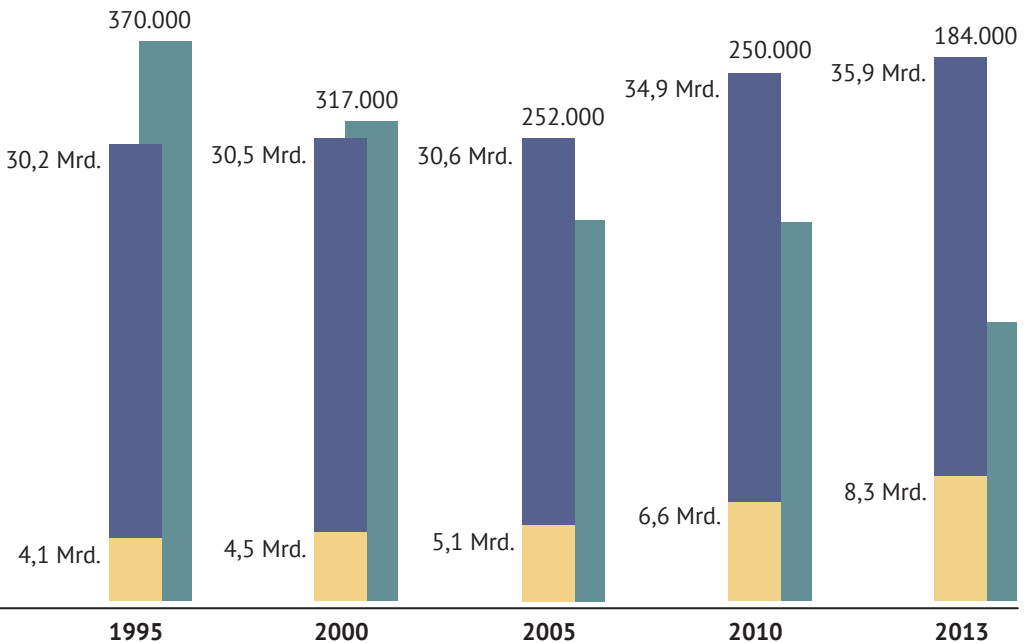
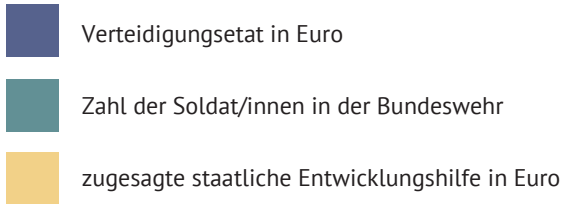
Juni 2014: Der dschihadistische »Islamische Staat«, im syrischen Bürgerkrieg entstanden, erobert das irakische Mossul; das Herrschafts-

gebiet der Terrormiliz (links) erstreckt sich über eine Fläche ungefähr so groß wie Syrien selbst.

Juni: Aufständische in der Ostukraine setzen erstmals Kampfpanzer gegen Regierungstruppen ein; der Konflikt unter vermuteter russischer Beteiligung wird im Laufe des Jahres immer blutiger.

August: Die Bundesregierung beschließt, die kurdischen Peschmerga-Milizen im Nordirak auch durch die Lieferung von Waffen in ihrem Kampf gegen den IS zu unterstützen.

Dezember: Der ISAF-Einsatz endet; die Bundeswehr verbleibt in der nur beratenden Nato-



Mission »Resolute Support« noch bis voraussichtlich Ende 2016 in Afghanistan.

Januar 2015: Islamistische Attentäter verüben in der Redaktion der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* (unten) in Paris ein Massaker.



September: Vertreter der Bundesregierung rechnen damit, dass bis Ende des Jahres rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen – so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr.

September: Russische Kampfflugzeuge greifen offiziell in den Bürgerkrieg in Syrien auf Seiten des Assad-Regimes ein.

November: Konzentrierte Einzelanschläge erschüttern erneut die französische Hauptstadt; mindestens 129 Menschen sterben dabei. Als Verursacher gilt der »Islamische Staat«.

Autor: Redaktion



Politik und Kirche: Angela Merkel auf dem Evangelischen Kirchentag 2015 in Stuttgart, neben ihr Ellen Ueberschär, Generalsekretärin des Kirchentags, Winfried Kretschmann und Fritz Kuhn

Untrennbares

von Gerhard Arnold

Die Gewalt an den Rändern Europas – von der Ukraine über Syrien bis nach Libyen – ist eine Herausforderung auch für die beiden großen deutschen Kirchen. In dieser neuen Zeit der Konflikte Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg haben katholische und evangelische Theologen weiter laut ihre Stimmen für den Frieden erhoben – sie dürfen nur nicht zögern zu mahnen, dass dieser immer auch ein gerechter sein muss.

Fotos: Landesregierung Baden-Württemberg

70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945, 25 Jahre nach Ende der Ost-West-Konfrontation ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Gemeint ist nicht der große Krieg, in dem Panzerarmeen und große Heeresverbände aufeinander treffen und hunderttausende von Toten zurücklassen. Gemeint sind die neuen Kriege, die hybriden, Mischformen zwischen Geheimdienstoperationen, subversivem Kampf, Medienpropaganda, Desinformation, aber auch offener militärischer Invasion einer staatlichen Armee. So wurde die Krim im März letzten Jahres von Russland annektiert. Nicht nur das. Moskau begann danach, die Ostukraine, stark russisch geprägt, massiv zu destabilisieren, wieder in hybrider Kriegführung.

Die feierlich beschworene neue Friedensordnung in Europa nach dem Ende des alten Ost-West-Konflikts, in der Charta von Paris vom November 1990 ausformuliert, sollte von umfassender Zusammenarbeit, von Demokratie, Freiheit, der Geltung der Menschenrechte und vom gesellschaftlichen Fortschritt für alle europäischen Völker geprägt sein. Diese Friedensordnung ist nun schwer beschädigt.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland, die evangelische und römisch-katholische, sind durch die überraschende schwere Konfliktlage in der Ukraine und durch das gestörte russisch-europäische Verhältnis mehrfach betroffen. Sie haben eigene Kirchengemeinschaften und mit ihnen verbundene Kirchen sowohl in der Ukraine als auch auf der Krim. Damit die katholischen und die evangelischen Gemeinden auf der Halbinsel samt eigenem kirchlichen Personal weiter arbeiten können, benötigen sie eine Registrierung bei den russischen Behörden und eine eigene russische Organisation mit Sitz in Moskau. Um diese Registrierung bemühen sie sich seit letztem Jahr.

Kardinal Reinhard Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, fand am 26. Februar 2015 die bisher deutlichsten Worte: »Die deutschen Bischöfe verurteilen erneut die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und das fort-

gesetzte militärische Engagement der Russischen Föderation auf dem Staatsgebiet der Ukraine. Das Verhalten Russlands beschädigt und gefährdet die Friedensordnung in Europa. Es ist deshalb unannehmbar und trifft zu Recht auf harte Reaktionen der europäischen Länder und der USA. Zugleich ist es unerlässlich, dass alle Spielräume für eine Deeskalation des Konflikts und eine Minderung der gefährlichen Spannungen genutzt werden.«

Kürzer und zurückhaltender fiel die Stellungnahme des damaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Nikolaus Schneider, im Bericht vor der EKD-Synode am 9. November 2014 aus. In seinem ausführlichen Durchgang durch schwere gewalttätige Konflikte im laufenden Jahr hatte er nur einen einzigen Satz für die Krim-Annexion übrig: »Den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen zu lassen ohne den Bruch des Völkerrechtes im Blick auf die Krim zu beschönigen, halten wir für einen friedensethisch gebotenen Weg.« Was besagt die Stellungnahme konkret? Wird die EKD die gewaltsame Abtrennung der Krim aus Rücksichtnahme auf ihre eigene Gemeinde dort anerkennen? Und was bedeutet die russische Gewaltpolitik für das genuin kirchliche Anliegen, Europa als Friedensraum nicht nur zu erhalten, sondern auch mitzugestalten?

Bedrohungen anderer Art fordern am ganzen Süd- und Ostrandrand die europäische Politik heraus und aktivierten auch die beiden großen Kirchen. Die Rede ist von den Folgen der so genannten Arabellion in einigen Ländern Nordafrikas und im Nahen Osten im Jahr 2011 und von den Migrantenströmen aus Afrika und aus dem nahöstlichen Konfliktraum.

Innerhalb von wenigen Wochen gerieten die politischen Proteste in Libyen im Februar und März 2011 außer Kontrolle: Die vielen Gastarbeiter verließen fluchtartig das Land, aber auch Einheimische, die dem Terror diverser Milizen entkommen wollten. Die humanitäre Katastrophe an den Grenzen zu Ägypten und Tunesien mobilisierte auch die Hilfswerke +

der beiden großen deutschen Kirchen.

Am 17. März ermächtigte der Weltsicherheitsrat eine internationale Koalition der Willigen, gemeint waren zunächst die EU-Europäer, mit militärischen Gewaltmitteln gegen drohende Massaker in Ostlibyen vorzugehen. Der innenpolitische Streit über eine eventuelle Unterstützung der europäischen, dann der Nato-Partner bei der Luftkampagne spiegelte sich auch in den kirchlichen Stellungnahmen. Ihnen stand das Konfliktszenario im Kosovo 1998/99 vor Augen, damit die mögliche Berechtigung einer sogenannten humanitären Intervention bei schwersten Verletzungen elementarer Menschenrechte.

Die katholische Kirche äußerte sich nur wenige Male. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, zu der Zeit Erzbischof Robert Zollitsch, vertrat am 26.

dem Lob der Linken an der Stimmhaltung Deutschlands im Weltsicherheitsrat am 17. März 2011 anschluss und damit den deutschen Verstoß gegen selbstverständliche Bündnisrücksichten und den entstandenen außenpolitischen Schaden großzügig ignorierte.

Letzten Endes war die Nato-Intervention in Libyen kontraproduktiv, weil sie auch Nachbarländer, insbesondere Mali, destabilisierte und damit Migrationsbewegungen aus Ländern südlich der Sahelzone verstärkte. Schleusernetzwerke sahen ihre große Chance, mit den Migranten bis zur Mittelmeerküste kräftig Geld zu verdienen, machten dann die Überfahrt auf See durch untaugliche Boote oder Schiffe zum Spiel auf Leben und Tod. Hinzu kommen die Flüchtlingsströme aus den Bürgerkriegsländern Syrien und Irak.

Wenn das Verständnis für russische Macht- und Gewaltpolitik steigt, sollte das anspruchsvolle kirchliche Leitbild vom gerechten Frieden zügig entsorgt werden.

März eine Position des Augenmaßes: »Ich kann die Gründe derer nachvollziehen, die sich für das militärische Eingreifen entschieden haben. Wenn die Truppen des Diktators Gaddafi tatsächlich kurz davor standen, im Osten Libyens ein Blutbad anzurichten, ist ein Militäreinsatz auf der Grundlage eines Mandats zum Schutz der Zivilbevölkerung grundsätzlich vertretbar. Die Bedenken gegen dieses militärische Engagement sollten aber nicht gering geachtet werden.«

Im Kontrast dazu stand die Flut evangelischer Äußerungen insbesondere des EKD -Ratsvorsitzenden Schneider, der sich

Die Flut kirchlicher Äußerungen dazu, katholisch wie evangelisch, ist seit letztem Jahr unüberschaubar. In der gemeinsamen Erklärung zuletzt vom 20. April 2015 forderten die beiden kirchlichen Spitzenrepräsentanten unter anderem »mit Nachdruck, zu einem durchgreifenden Konzept der Seenotrettung zurückzukehren. Wir wissen, dass damit für manche ein Anreiz zur Flucht nach Europa gesetzt wird. Aber die Lösung dieses Problems darf nicht darin bestehen, Menschen, die in existenzieller Not vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, sehenden Auges dem Risiko des Ertrinkens auszusetzen. Stattdessen soll-

ten sichere Zugangswege für Migranten und Schutzsuchende eröffnet werden. Europa muss ermöglichen, dass Menschen nicht mehr ihr Leben riskieren, um bei uns Schutz zu suchen.«

Größere Zusammenhänge bleiben dabei außer Betracht, zum Beispiel die Frage, ob der Massenexodus aus Afrika südlich der Sahara nicht als Teil einer weltweiten Migrationsbewegung anzusehen ist, die kein Ende hat und mehrere europäische Staaten jetzt bereits schlicht überfordert. Es ist leicht, eine enge Verbindung von Einwanderungs- und Entwicklungspolitik für Afrika zu fordern und über das Versagen der afrikanischen Regierungen und ihrer Eliten zu schweigen, was auch Rupert Neu-deck, der Aktivist und Vorsitzende des »Friedenskorps Grünhelme«, mehrfach kritisierte. Es ist eigenartig, offene Grenzen für alle Flüchtlinge zu fordern und zu ignorieren, dass das alte Einwandererland USA seine Grenzen gegen illegale Zuwanderer martialisch abriegelt. Wichtig wäre es dagegen, wenn die großen Kirchen der deutschen Politik und Gesellschaft beharrlich das unvorstellbare Verfolgungsleid der Christen in Syrien und im Irak vor Augen halten und für eine großzügige Aufnahme dieser Vertriebenen und Flüchtlinge auch bei uns werben würden.

Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes schließlich haben beide große Kirchen am 8. Mai 2015 eine ausführliche Stellungnahme veröffentlicht, die für unsere Thematik wichtig ist: »Wenn wir dieses Tages heute gedenken, sind wir dankbar, dass aus den äußeren Trümmern und den inneren Zerrüttungen nach dem totalen Zusammenbruch eine neue stabile, friedliche und demokratische Ordnung Europas erwachsen ist. [...] Aber Frieden und Wohlstand herrschen nicht in ganz Europa. Gewalt und Krieg sind auch auf unserem Kontinent, entgegen anderer Hoffnungen, noch nicht überwunden.« Genannt wird der Balkan, der schon angesprochene Ukraine Konflikt und dann das Flüchtlingseiland an den Grenzen Europas mit den vielen Toten, die »unerträglich« seien. »Geprägt durch die Erfahrungen der

großen Kriege trägt Europa heute eine Verantwortung als Friedensmacht. In Syrien, im Irak, in Libyen und an anderen Orten bedarf es eines engagierten Beitrags Deutschlands und Europas zu glaubwürdigen politischen Lösungen und zu einer Ordnung des gerechten Friedens.«

Europa als Friedensmacht als Antwort auf die neuen Erfahrungen von Krieg und Gewalt in unserer Nähe? Der erst jüngst verstorbene Egon Bahr samt zwei Mitstreitern verfasste im Frühjahr 2007 ein Memorandum »Europa als Friedensmacht«, das seine selbständige Rolle in einer Fünfergruppierung mit den USA, Russland, Indien und China sehen solle, damit eine Äquidistanz zwischen den USA und Russland empfahl und von deutschen Bündnispartnern in der Nato nichts wissen wollte.

Sollte es dagegen in den beiden großen Kirchen inzwischen akzeptabel sein? Man kann jedenfalls die Europavorstellungen in der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 im Sinne des Bahr-Memorandums betrachten.

Bei der Mehrheit der Deutschen, falls Umfragen stimmen, steigt das Verständnis für russische Macht- und Gewaltpolitik gerade in der Ukrainefrage. Dann aber sollte das ohnehin sehr anspruchsvolle kirchliche Leitbild vom gerechten Frieden zügig entsorgt werden. Es reicht nicht, wenn die beiden großen Kirchen für internationale Gerechtigkeit und weltweiten Frieden eintreten und gleichzeitig die Friedensbedrohungen durch skrupellose russische, aber auch chinesische, Machtpolitik nur »wahrnehmen«, wenn sie deutsche Rüstungsexporte hochkritisch beurteilen, aber zur enormen militärischen, auch atomaren Aufrüstung Russlands und Chinas schweigen. •••

Gerhard Arnold ist evangelischer Theologe und freier Publizist mit dem Schwerpunkt Friedensethik. In seiner Arbeit hat er sich unter anderem intensiv mit dem Afghanistan-Konflikt auseinandergesetzt.

Alter Affe Gruppendenken

von Sylke Tempel

Am Anfang standen Marion Gräfin Dönhoff und Helga Haftendorn. Waren sie noch Einzelkämpferinnen, haben Frauen nach Jahrzehnten etablierter deutscher Sicherheitspolitik mit Angela Merkel und Ursula von der Leyen heute endlich auch die Spitzenpositionen dieses Politikfelds erreicht. Aber ein alter Gegner im Kampf um Gleichberechtigung lebt weiter und behindert immer noch innovative Lösungen sicherheitspolitischer Probleme.



Unter grauen Anzügen: Sylke Tempel auf der Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung 2013

Zunächst einmal – und dieses »zunächst« betrifft gewiss nicht nur die Gründerjahre der, wie wir inzwischen wissen, erfolgreichsten deutschen Demokratie – kann von »Frauen«, also Plural, in der Sicherheitspolitik nicht die Rede sein. Frauen in uniformierten Verbänden, oder im Bundesverteidigungsministerium? Gab es schon, wenn sie denn flink die Schreibmaschine bedienen konnten. Dem Vorgesetzten einen guten Kaffee brauen zu können, war sicherlich auch keine schlechte Voraussetzung.

Frauen unter den außen- und sicherheitspolitischen Kommentatoren oder auf den sicherheitspolitischen Lehrstühlen

der Universitäten? Da treffen wir höchstens recht singuläre Erscheinungen an. *Zeit*-Herausgeberin Marion von Dönhoff, kurz und respektvoll nur »Die Gräfin« genannt, blieb jahrzehntelang eine Ausnahme im journalistischen Betrieb. Sie kommentierte tatsächlich die große Politik, jenen Bereich also, in dem wichtige Männer wichtige Entscheidungen trafen. Für die Mehrzahl der Kolleginnen waren eher die Ressorts »Verschiedenes« oder »Kultur« vorgesehen. Noch in den 1960er Jahren galt es als bemerkenswert, dass eine Frau tatsächlich auch Fernsehnachrichten verlesen konnte – anstatt nur die Lottofee zu spielen. Ganz offensichtlich +

war die Mehrzahl der Herren noch der Überzeugung, dass die Damen sich ihre hübschen Köpfchen nicht an so großen Dingen zerbrechen, sondern lieber um die Fährnisse des Alltags kümmern sollten. Man wird heute nicht behaupten können, dass schon alle Restbestände dieses Unvertrauens in weibliche analytische Fähigkeiten beseitigt wären.

schneller geschafft.) Geändert hat sich auch – und schon davor – Einiges an ihre Basis: an den Universitäten, in Think-Tanks, in der Medienlandschaft. Dass Frauen »harte« politische Themen analysieren und kommentieren, löst – jedenfalls meistens – kein großes Erstaunen mehr aus. Und auch fürs Militär gilt: Das Argument, Frauen könnten schon phy-

Frauen sind die »new kids on the block«. Sie gehören nicht zu den alten Seilschaften, aber damit auch nicht zu den alten Denkmustern.

Auch im akademischen Bereich hatten wir es sehr lange Zeit mit einer gänzlich singulären Erscheinung zu tun. Über Jahre war Helga Haftendorn die einzige Frau unter den Professores im Fachbereich Außenpolitik der Bundeswehruniversität Hamburg und der Freien Universität Berlin. Dass sie Standardwerke zur Außenpolitik Deutschlands schrieb, in zahlreichen renommierten Boards vertreten war (und ist), zudem über einen scharfen analytischen Verstand und einen wohl oft nützlichen trockenen Humor verfügt, änderte nichts an der Tatsache, dass sie einen ganzen Tag mit Anekdoten über verwunderte, oft auch reichlich uncharmanten Männer füllen könnte, die die Anwesenheit einer Frau im Reich der »Raketenzähler« als irritierend empfanden.

Es ist in also schon durchaus bemerkenswert, wie schnell sich seither doch Einiges auch recht tiefgreifend geändert hat. Nicht nur, weil es in der Bundesrepublik nach einer Kanzlerin nun auch eine Verteidigungsministerin gibt. (Dieses Amt mit Frauen zu besetzen, haben Niederländer, Schweden und Norweger sehr viel

sich bestimmte Aufgaben gar nicht erledigen, wird immer schwächer. Weil es teils nie gestimmt hat. Aber auch, weil die Art der Kriegsführung sich ändert. Mit neueren Technologien, aber auch mit neueren Strategien. Wer »Herzen und Köpfe« einer lokalen Bevölkerung gewinnen will, der muss auch, nein, manchmal sogar *gerade* auf Frauen abzielen, zu denen in vielen Kulturen Männer gar keinen Zugang haben.

Dass es aber in der sicherheitspolitischen Community keine Diskriminierung mehr gäbe, sei es in Form beleidigender Bemerkungen, gar Übergriffigkeiten oder subtilen Karrierebehinderungen, das wird sich wohl kaum behaupten lassen. Und für die öffentliche Debatte gilt ebenfalls noch immer: Trotz zweifelsohne großer Bemühungen ist die vorherrschende Farbe bei wichtigen Konferenzen und auf Panels immer noch das gediegene Anzug-Grau.

Es geht beim Thema »Frauen in der Sicherheitspolitik« aber um wesentlich mehr als um die ganz offensichtlich noch immer notwendige Korrektur einer gesellschaftlichen Schiefelage. Frauen sind wich-

tig auch für diesen Bereich – nicht etwa, weil sie einen gewissen »weiblichen Blick« mitbrächten. In meinen Diskussionen mit den nun über 300 Mitgliedern des Vereins »Women in International Security« habe ich so etwas wie einen »weiblichen Blick« nie identifizieren können. Was ich aber erkennen kann, ist ein geschärfter Blick. Und das aus mehreren Gründen.

Frauen sind in der Sicherheitspolitik, wie in vielen anderen Bereichen auch, trotz aller Veränderungen immer noch unterrepräsentiert. Und sie sind die »new kids on the block«. Sie gehören nicht zu den alten Seilschaften, aber damit auch nicht zu den alten Denkmustern. Wer von außen kommt, erkennt manches vielleicht ein bisschen schärfer als das, was es ist: eingefahrenes *group-think*. Oder wie man in Berlin sagen würde: Ein »ham wa imma so gemacht.« Wenn die IWF-Chefin Christine Lagarde darauf besteht, höhere Positionen mit mehr Frauen und sehr viel interdisziplinärer als bisher zu besetzen, dann hat sie damit nicht nur dem guten alten Feminismus gedient: Es geht ihr darum, Denken so divers wie möglich zu halten, um der einschläfernden Kraft des Gruppendenkens zu begegnen. Angesichts der vertrackten Krisen unserer Zeit, angesichts der Tatsache, dass wir es immer stärker mit Dynamiken zu tun haben, die sich sehr schnell entwickeln, und die wir oft genug nicht schnell genug zur Kenntnis nehmen, ist weniger *group-think* eine der besten Maßnahmen.

Der Blick des »(Noch-)Neulings« erkennt auch manches Thema, das in eingespielten Teams und Umgebungen nicht gleich identifiziert wird. Dass gezielte sexuelle Gewalt keine hässliche »Nebenerscheinung« ist, sondern heute wieder als Mittel der Kriegsführung dient, hatte man schon im Bosnienkrieg nicht begriffen und auch im Krieg des »Islamischen Staats« lange nicht wahrnehmen wollen. Wer aber die Mittel der Kriegsführung nicht begreift, der versteht auch die Anforderungen an Sicherheit und passende Strategie nicht zur Gänze. Und nicht nur im Bereich »Konfliktbeendigung«, sondern auch im

Bereich »Konfliktlösung« ist dieser Blick unbedingt notwendig. Die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton hat immer wieder darauf hingewiesen, und die Forschung zum Thema belegt dies: Es gehören mehr Frauen an die Friedensstische. Sie sind die wesentlichen Kommunikatorinnen gerade in Gesellschaften hinein, die von Bürgerkriegen erschüttert worden sind. Sie sind eine wesentliche Kraft bei der Entwaffnung und Re-Integration von Kämpfern. Und sie sehen sich in der Verantwortung für die friedliche Erziehung einer nächsten Generation.

Wollen wir nicht nur auf Krisen reagieren, sondern Politik auch wieder gestalten, dann ist »smart« tatsächlich die am dringendsten benötigte Eigenschaft. »Smart«, das heißt schlicht: alte Muster zu hinterfragen, bereit zu sein, im Neuen tatsächlich etwas Neues, und nicht nur eine Wiederkehr des alten zu erkennen. Zu verstehen, dass Politik nicht mehr durch wichtige Entscheidungen wichtiger Männer gemacht wird, sondern sehr viel häufiger durch überraschende Dynamiken. Mit einem Wort: Es geht darum, *group-think* auf allen Ebenen aufzubrechen. Durch mehr Frauen in der Sicherheitspolitik, mehr Männer und Frauen auch mit Migrationshintergrund und mit unterschiedlichen Qualifikationen und Ausbildungen. Das ist keine Generosität und kein Geschenk alter Eliten an »Neuankömmlinge«. Das ist eine dringende Notwendigkeit. •••

Sylke Tempel ist Chefredakteurin der *Internationalen Politik*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Seit 2014 ist sie zudem Vorsitzende der deutschen Sektion von »Women in International Security«.



Von Presse- arbeit und Presseabwehr

von Thomas Wiegold

In der Bundeswehr des Kalten Krieges hatte die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit keine Priorität. Doch seit den grundlegenden Umwälzungen der 1990er Jahre hat sich hier viel verändert. Thomas Wiegold, der die Kommunikation des deutschen Militärs seit Beginn der Auslandseinsätze bis heute immer eng begleitet hat, wirft einen Blick zurück – und einen nach vorn.



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen
Ende Dezember 2013 zu Besuch im »Camp Marmal«
bei Mazar-i Sharif, Afghanistan

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

Anfang der 1980er Jahre – die Einteilung der sicherheitspolitischen Welt in zwei große widerstreitende Blöcke schien wie ein Naturgesetz – hätte ein Streit über Strategie meine journalistische Karriere beinahe vorzeitig beendet. Der US-Autor William Arkin hatte damals im *Stern* eine Übersicht über die Nuklearstandorte der USA in Deutschland veröffentlicht, und als Volontär in Kiel schrieb ich für die *Deutsche Presse-Agentur* nach einer Pressekonferenz Arkins, die Nato wolle im Fall eines Krieges Schleswig-Holstein verminen und an den Warschauer Pakt fallen lassen. Der anschließende wütende Protest der konservativen *dpa*-Kunden im Norden ließ mich kurzzeitig zweifeln, ob mein Volontariat noch eine Fortsetzung finden würde.

Vor mehr als 30 Jahren war die Welt noch trennscharf in schwarz und weiß eingeteilt. In den Zeiten des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation schien es in der öffentlichen Wahrnehmung der damaligen Bundesrepublik sicherheitspolitisch nur zwei Haltungen zu geben: Die Ansicht, dass nur ein gerüsteter Westen der Sowjetunion und ihren Verbündeten die Stirn bieten könne. Und die weniger verbreitete, aber ebenso felsenfeste Gewissheit, dass Abrüstung, vor allem nukleare Abrüstung, auch und gerade auf Seiten der Nato beginnen müsse; eine Haltung, die sich in den großen Friedensdemonstrationen der 1980er äußerte.

Im Schatten dieser alles überwölbenden Debatte, geprägt von der Angst vor einem Atomkrieg, hatte sich die Öffentlichkeit allerdings ganz bequem eingerichtet und mit dem Status quo arrangiert. Für die meisten Menschen im Westen war die Bundeswehr da, weil sie eben da war. Als junger Mann ging man hin, weil man musste – oder man entschied sich bewusst dagegen und verweigerte den Kriegsdienst. Ein Großteil der Bevölkerung stellte die Bundeswehr nicht infrage, sie war da, um »kämpfen zu können, um nicht kämpfen zu müssen« – um den damaligen Slogan zu zitieren.

Das hatte auch ganz praktische Folgen für den Umgang der westdeutschen Streit- +

kräfte mit der Öffentlichkeit. Werbung hatte diese Armee eigentlich nicht nötig: Personalsorgen hatte sie, dank der Wehrpflicht, eigentlich keine, ihre Existenz war als notwendig weitgehend anerkannt, und der Verteidigungshaushalt der reichen Bundesrepublik war ebenso hoch so wie ihr Sozialhaushalt. Nötig war, was aus heutiger Sicht Imagepflege heißen würde. Jugendoffiziere erläuterten in Schulen die Welt des Kalten Krieges, der nie ein heißer werden durfte. Für die Truppe war der Verweis auf die Bedrohung aus dem Osten oft genug Grund genug, Einzelheiten aus dem Innern der Streitkräfte zur Geheimsache zu erklären. Wer sich als Journalist mit Sicherheitspolitik beschäftigte, kam in Richtung Westen bis nach Washington – und Richtung Osten bis zur Elbe.

Und dann zerbrach diese Welt. Nach der Mauer zerbröselte der Warschauer Vertrag, ehemalige Ostblockstaaten wurden Nato-Mitglied, als Friedensdividende wurden die Verteidigungsausgaben anteilmäßig deutlich zurückgestutzt, das atlantische Bündnis engagierte sich weltweit unter dem Motto »out of area or out of business«, und in Deutschland fiel nach einiger Zeit sogar die Wehrpflicht.

An diese Entwicklung muss man sich als Älterer erinnern (oder als Jüngerer: sie sich bewusst machen), um nachvollziehen zu können, wie sich in Deutschland sowohl die sicherheitspolitische Debatte als auch die Beziehungen zwischen Streitkräften und Öffentlichkeit verändert haben.

Die Bundeswehr ist – wie auch die Streitkräfte anderer Nato-Staaten – in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und im Umgang mit Medien professioneller und offener geworden. Die ersten Versuche beim Somalia-Einsatz 1993, der ersten bewaffneten Auslandsmission der Bundeswehr, waren noch tastend: Meine Berichte aus dem Feldlager in Belet Huen setzte ich über das einzige Satellitentelefon in der Operationszentrale ab. Inzwischen ist die Journalistenunterkunft im »Camp Marmal« in Afghanistan, das so genannte »Ingotel«, mit einem eigenen WLAN für die Medienvertreter ausgerüstet.

Auch an anderen Stellen stockten Ministerium und Truppe auf. Die Übersicht allein über die hauptamtlichen Presseoffiziere und -sprecher füllte ein kleines Handbuch, mehr Personal ist mit dieser Aufgabe betraut als bei einem Wirtschaftsunternehmen gleicher Größe. Zugleich zeigt die Bundeswehr in einer während des Kalten Krieges undenk바aren Offenheit ihr Material und legt Rechenschaft ab über Einsätze, Planungen und Rüstung.

Das hat natürlich Gründe. Denn ohne Blockkonfrontation, aber mit immer mehr Auslandseinsätzen stand die Truppe zunehmend unter Erklärungsdruck: Warum sollten deutsche Soldaten auf den Balkan gehen? Warum nach Afghanistan, und später, in entlegene Ecken Afrikas? Warum sollte ein Land, »von Freunden umzingelt«, jedes Jahr Milliarden für seine Streitkräfte ausgeben? Und nicht zuletzt, in den vergangenen Jahren: Wie begeistert man junge Männer – und dann auch Frauen – für einen Dienst, zu dem sie nicht mehr verpflichtet sind?

Die Antwort konnte nur mehr öffentliches Engagement und mehr Offenheit sein – in den vergangenen Jahren dann allerdings auch in einem Maß, das der Truppe nicht mehr wirklich recht sein konnte. Denn die allgegenwärtige Vernetzung über das Internet machte zunehmend die Aktivitäten der Militärs weltweit viel transparenter als gewünscht.

Die Bundeswehr musste das in Afghanistan erfahren. Denn selbst wenn sie glaubte, schlechte Nachrichten aus ihrem Verantwortungsgebiet im Norden erst mal zurückhalten zu können: Es gab so viele andere Akteure, von der Nato über die Vereinten Nationen bis zum örtlichen Polizeichef, dass der Versuch eine Illusion blieb. Und bisweilen ging das richtig schief: Als im August 2008 ein – wie sich später herausstellte: deutscher – Soldat an einem gemischten deutsch-afghanischen Checkpoint bei Kundus eine Mutter mit zwei Kindern erschoss, wollten Verteidigungsministerium und Bundeswehr zu diesem Vorfall lange nichts sagen. Die fatale Folge: Die örtlichen afghanischen

Behörden redeten natürlich darüber – und wiesen die Schuld gleich den Deutschen zu. Die Verschlossenheit führte zum Gegenteil des gewünschten Effekts.

Später versuchte die Bundeswehr, einen Luftschlag der niederländischen Verbündeten im Norden Afghanistans nicht be-

brauch« gestempelt wird, gibt es, merkwürdigerweise, noch immer. Nun wird niemand erwarten, dass echte militärische Geheimnisse offen verfügbar werden. Aber die alte Angewohnheit, dass erst einmal alles unter Verschluss zu halten ist, scheint zäh fortzuleben.

Die allgegenwärtige Vernetzung über das Internet machte die Aktivitäten der Militärs weltweit viel transparenter als von ihnen gewünscht.

kannt werden zu lassen – weil dieser Angriff der Unterstützung einer Aktion des Kommandos Spezialkräfte diente, über deren Aktionen öffentlich ohnehin nichts bekanntgegeben wird. Dumm nur, dass das niederländische Verteidigungsministerium das Bombardement »auf Anforderung der Deutschen« in seine wöchentliche Übersicht aufnahm. Die gewünschte Geheimhaltung war dahin.

Mehr Offenheit von Seiten der Streitkräfte, aber auch mehr öffentliche Kontrolle durch den schnellen, Nationen übergreifenden Austausch von Informationen: Das hat die öffentliche Debatte über Sicherheitspolitik und Militär in den vergangenen zwanzig Jahren in einer Weise verändert, die während des Kalten Krieges unverstellbar schien.

Dennoch bleibt die Frage, ob die Streitkräfte, nicht nur die deutschen, daraus wirklich gelernt haben – und ob diese Veränderung hin zu mehr Transparenz von Dauer ist. Denn zum einen gilt nach wie vor, dass der Sinn der neuen Offenheit noch nicht auf allen Ebenen angekommen ist. Das Extrembeispiel, dass selbst der Speiseplan der Truppenküche als »Verschlussache – nur für den Dienstge-

Zum anderen aber, und das dürfte weit schwerwiegender sein, hat sich die sicherheitspolitische Lage erneut verändert. Das russische Vorgehen in der Ukraine, das gewandelte Verhältnis der Nato zu Russland und eine Wiederbelebung der Bedeutung kollektiver Verteidigung für das westliche Militärbündnis drohen eine Absage an die Transparenz der vergangenen Jahre einzuleiten. Wo nicht mehr über vergleichsweise kleine internationale Missionen nachgedacht wird, sondern selbst die Rückkehr alter Frontstellungen immer wahrscheinlicher wird, droht auch die Bereitschaft zur Offenheit abzunehmen. Dabei wäre der offene Umgang, der seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht wurde, das sinnvollste Mittel für ein weiterhin wichtiges Ziel: um die Unterstützung von Öffentlichkeit und Bevölkerung für die Aufgabe von Streitkräften zu werben. •••

Thomas Wiegold ist freier Journalist. Sein Fachblog *Augen geradeaus!* gilt als einzigartig in Deutschland; er schreibt regelmäßig für verschiedene überregionale Medien.

Viel mag sich in den letzten 30 Jahren geändert haben – aber es gibt sie noch, die Konstanten in der Welt deutscher Sicherheitspolitik: etwa das Beschaffungswesen der Bundeswehr. Hier dauert immer alles etwas länger, wird meist deutlich teurer als geplant – und manches kommt am Ende gar nicht. Der Blick zurück kann den Blick für die Zukunft schärfen.

»**Ein Mensch** erhofft sich fromm und still, dass er einst kriegt, was er will. Bis er dann doch dem Wahn erliegt und schließlich das will, was er kriegt.« Besser als mit den Worten des Münchener Pazifisten und Schriftstellers Eugen Roth kann man das empirisch nachweisbare Ergebnis deutscher Rüstungsplanung in den letzten Jahrzehnten kaum beschreiben. Visionär sind Roths Worte zudem.

Sie zweifeln, liebe Leser? Dann lesen sie selbst: Die längerfristige Planung der



Bundeswehr sieht offiziell vor, dass die Bundeswehr künftig unter anderem mit dem Eurofighter, mit Kampfdrohnen, luftgestützter Fernmeldeaufklärung an Bord eines »Breguet Atlantic«-Nachfolgers, dem Hubschrauber »Tiger« oder zum Beispiel mit dem Panzerabwehrraketensystem »PARS 3« ausgestattet wird. Vielleicht wird es sogar einen »Leopard 3« geben.

Die Planungsdokumente, in die wir geschaut haben, um dies zu erfahren, sind

Rüstungsträume

von Otfried Nassauer



Was lange währt: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei der Ankunft des ersten neuen Transportflugzeuges Airbus A400M für die Luftwaffe in Wunstorf am 19. Dezember 2014.

allerdings mehr als 30 Jahre alt. Wir haben nachgelesen, was der damalige Verteidigungsminister Manfred Wörner in die erste, von ihm zu verantwortende Bundeswehrplanung schreiben ließ, nachdem Helmut Kohl und Hans Dietrich Genscher im Jahr 1982 eine schwarz-gelbe Koalition gebildet hatten.

Dort steht noch mehr: Der Nachfolger für die Breguet Atlantic wird ab 1989 zur Beschaffung anstehen, der Tiger ab 1990. Der »Eurofighter« wird 1995 eingeführt,

die Kampfdrohne 1997, der Leopard 3 möglicherweise schon ab 2000. Die 52.000 Panzerabwehrraketen vom Typ PARS-3 sollen ab 1991 zulaufen. Rund 240 Milliarden D-Mark sollten laut der damaligen Planung binnen 15 Jahren in neue Ausstattung für die Bundeswehr fließen.

Zahlen aus dem Kalten Krieg. Ihr Kontext ist jene Phase, in der die Nato mit dem sogenannten Rogers-Plan und dem Konzept der »Follow on Forces Attacks« (FOFA) die Kriegführung in Mitteleu- +



Tiger ohne Zähne: Seit Jahren musste der Kampfhubschrauber »Tiger« ohne seine Hauptbewaffnung auskommen: die Panzerabwehrrakete PARS-3.



Sorgenschiff: Sieben Jahre verzögerte sich die Indienststellung der Korvetten der Klasse 130.
Die Gründe: Probleme mit Getrieben, Maschinen, Klimaanlage, Bugstrahlrudern

ropa technisch revolutionieren und die Truppen des Warschauer Paktes sowie dessen nach Zehntausenden zählendes Großgerät mit modernsten Lenk- und Präzisionswaffen schon weit jenseits der Front zerschlagen wollte.

Doch trotz des zeitlichen Abstands von 30 Jahren geht es hier keineswegs um »olle Kamellen«, die längst keine Rolle mehr spielen. Das schwant dem Leser spätestens, wenn er auch einen Blick in die aktuelle Bundeswehplanung wagt. Die Beschaffung des Eurofighter und des Tiger sind weiter im Gange. Sie verlaufen alles andere als problemlos. Mit der Einführung der luftgestützten Signalaufklärung als Breguet-Atlantic-Nachfolge konnte bislang nicht begonnen werden. Sowohl das hierfür vorgesehene Bundeswehr-Vorhaben »Lapas« als auch die Großdrohne »Eurohawk« scheiterten. Auch die Kampfdrohne ist weiterhin Zukunftsmusik. Sie soll jetzt nach 2020 eingeführt werden. Für das Entwicklungsvorhaben Panzerabwehrrakete PARS empfahlen die Berater der KPMG Verteidigungsministe-

der auf die Tagesordnung gespült.

Die ollen Kamellen erzählen uns also weit mehr über das Phänomen Beschaffungsplanung als den Zuständigen in Bundeswehr, Verteidigungsministerium, Planungs- und Beschaffungsamt lieb sein kann. Sie kennzeichnen deren Planung als von mangelndem Realismus und nur scheinbarer Rationalität geprägt. Sie war oft und in weiten Bereichen Traumtänzeri, vielfach gekennzeichnet von einer »Wünsch-Dir-was-Mentalität«, der weder ein sich stetig wandelndes sicherheitspolitisches Umfeld etwas anhaben konnte, noch die Haushaltsrealitäten.

Diese »Wünsch-Dir-was-Mentalität« prägte nicht nur die Forderungen des Militärs, sondern auch die politische Einflussnahme, die immer wieder auf diesen Planungsbereich einwirkt. Die Hubschrauber »Tiger« und NH90 sind beispielsweise Konsequenzen aus Helmut Kohls Wunsch nach einer verstärkten deutsch-französischen Rüstungskoooperation in den 1980er Jahren. Industriepolitische Einflussnahme wie im Fall des Transportflugzeugs

Lokalpolitische Einflüsse verwechseln eine rationale Bundeswehrplanung mit sektoraler Wirtschaftsförderung.

rin Ursula von der Leyen im vergangenen Jahr erfolglos den Abbruch statt einer Beschaffung. Es blieb weiter bei der alten Planung, um zu verhindern dass der Tiger noch auf Jahre zahnlos bleibt, also auf Eck- und Schneidezähne, die Hauptbewaffnung, verzichten muss. Auch die Entwicklung eines neuen Kampfpanzers, des Leopard 3, wurde durch die Ukraine Krise und als potentielle Morgengabe für das geplante Zusammengehen der Panzerhersteller *KMW* und *Nexter* vor kurzem wie-

A400M, insbesondere bei dessen Triebwerk, kommt ergänzend hinzu. Ebenso lokal- und regionalpolitische Einflussnahmen, ausgeübt zum Beispiel durch Parlamentarier, die eine rationale Bundeswehrplanung mit sektoraler oder regionaler Wirtschaftsförderung verwechseln.

Mitunter dauert es nicht nur 20 oder 30 Jahre, bis ein neues, größeres Waffensystem entwickelt ist und zur Einführung kommt. Selbst nach einem solchen Zeitraum kann es noch immer nicht realisierte +

Zukunftsplanung oder gar reines Wunschdenken sein. Das zeigen die Beispiele PARS, Breguet-Atlantic-Nachfolge und Kampfdrohne. Die Objekte der Beschaffungsbegierde wechseln offenbar nur selten, wohl aber die zu ihrer Legitimation notwendigen Begründungen. Kontinuität zeigt sich dagegen im Blick auf die industrie- und arbeitsmarktpolitischen Funktionen, die der Beschaffungspolitik immer wieder zugesprochen werden.

Teil der Absicherung der unterschiedlichen Interessenslagen und der Möglichkeit ihrer kontinuierlichen Verfolgung ist eine systematische Überplanung. In der

schritt- und schiebchenweisen Verkleinerung der Streitkräfte wurde auch in der Rüstungsplanung primär geschoben und gestreckt aber nur notfalls gestrichen. Es sollte rund zehn weitere Jahre dauern, bis die zahlreicher und größer werdenden Auslandseinsätze der Bundeswehr die Notwendigkeit erzwangen, systematischer für diese Einsätze geplantes Material in jene finanzielle Freiräume zu quetschen, die zwischen den vertraglich gebundenen Alt- und Großprojekten mit langen Laufzeiten noch blieben.

Erst unter Verteidigungsminister Peter Struck und Generalinspekteur Wolfgang

Erst Peter Struck und Wolfgang Schneiderhan versuchten, dem Spuk ein Ende zu bereiten.

Beschaffungsplanung steht daher regelmäßig weit mehr, als die vorhersehbar verfügbaren Haushaltsmittel hergeben. Die Beschaffungsplanung der Bundeswehr war von den 1980er bis zu den 2000er Jahren zumeist von systematischer Überplanung geprägt. Projekte im Multimilliardenumfang standen zwar auf dem Papier, ihre finanzielle und damit praktische Umsetzung dagegen in den Sternen. Verzögerungen und Verteuerungen bei laufenden Vorhaben und das berühmte »Schieben, Strecken, Streichen« führten dazu, dass die Bugwelle jener Projekte, die zwar geplant wurden, aber nicht finanzierbar waren, immer weiter answoll.

Selbst ein Einschnitt wie das Ende des Kalten Krieges, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die daraus folgende Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und finanziellen Prioritäten führten nicht dazu, dass es zu einem grundsätzlichen Neuansatz in der Beschaffungsplanung kam. Analog zur

Schneiderhan kam es erstmals zu einem Versuch, diesem jedweden Realismus spottenden Spuk ein Ende zu setzen. Den Planern wurde aufgegeben, die realitätsfernen Formen der Überplanung aufzugeben. In der Haushaltsplanung für das jeweils kommende Jahr sollte nur noch kleine Auswahl wünschenswerter Vorhaben aufscheinen, die man umsetzen könnte, wenn fest eingeplante Mittel nicht verauslagt und daher umgewidmet werden mussten: die sogenannten »Römisch-II-Projekte«.

Doch auch dieser Vorsatz wurde nicht lange durchgehalten. Als nach 2010 immer gravierendere Probleme mit dem Mittelabfluss bei Großprojekten wie dem Eurofighter oder dem A400M entstanden, weil technische oder Projektmanagementprobleme zu spät erkannt oder von der Industrie verspätet gemeldet wurden, konnten auch die Römisch-II-Projekte nicht mehr verhindern, dass verteidigungsinvestive Mittel in Milliardenhöhe an den Bundeshaushalt zurückflossen.



Der wohl teuerste Schützenpanzer der Welt: 1996 erstmals geplant, liegt der Stückpreis des »Puma« von den Herstellern *Krauss-Maffai Wegmann* und *Rheinmetall* inzwischen bei knapp 9 Millionen Euro.

In den Haushaltsjahren 2015 und 2016 deutet sich deshalb erneut eine Trendwende an. Die Römisch-II-Projekte werden wieder zahlreicher, und sie werden umfangreicher. Vermehrt werden wieder Vorhaben eingestellt, die man gerne hätte, für die aber im Haushalt entweder noch kein Platz war oder bei denen noch unklar ist, ob sie rechtzeitig vertragsreif gemacht werden können. Die Römisch-II-Projekte bekommen die Funktion von Platzhaltern für das militärisch oder politisch Wünschbare. Zu diesen Vorhaben gehören jetzt auch wieder Schwergewichte wie die Modernisierung von 84 Leopard-2-Panzern oder die nächste Entwicklungsphase für ein Taktisches Luftverteidigungssystem. Mit anderen Worten: Es geht um mehr als reine Reserve- und Ersatzprojekte. Manche dieser Vorhaben würden Haushaltsbindungen für die Folgejahre auslösen. Das klassische, so lange desaströs wirkende Phänomen der Überplanung droht zurückzukehren.

Schon möglich: Die große Koalition mag den Beschaffungsplanern als ein geeigneter Zeitraum erscheinen, sowohl eigene als auch seitens der Politik geäußerte Wünsche nach deutlich höheren Verteidigungsausgaben umzusetzen. Genug Geld, um die Summe dieser Wünsche realisieren zu können, wird es jedoch keineswegs geben. Und somit droht zugleich der Rückfall in jene Beschaffungsträume, die in der Vergangenheit oft genug zu einem Scheitern in der Wirklichkeit beigetragen haben. Mehr Geld ist deshalb kaum die richtige Lösung. ...

Otfried Nassauer studierte Theologie und wurde Journalist und Friedensforscher. Er leitet seit 1991 das »Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit«.



Markenname »Germany«: der deutsche Pavillon auf der Weltausstellung in Shanghai 2010

von Sven Bernhard Gareis

Kann Deutschland mit einem »Wandel durch Handel« zu politischen Veränderungen in China beitragen? Es sollte seinen Einfluss nicht überschätzen. Trotz intensiver wirtschaftlicher und politischer Verflechtungen bleiben substantielle Unterschiede in Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestehen. Im Spagat zwischen einer »wertegeleiteten Außenpolitik« und der engen pragmatischen Zusammenarbeit mit Peking sollte Berlin eher auf eine kohärente europäische Position hinwirken, um seiner Einzelstimme Nachdruck zu verleihen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Volksrepublik China sind vielschichtig und gut. Die bereits 2004 begründete »Strategische Partnerschaft« wurde 2014 zu einer »Umfassenden Strategischen Partnerschaft« aufgewertet. Beide Länder sind einander die wichtigsten Handelspartner in der jeweiligen Region. Deutschland gehört zu den größten Investoren in der Volksrepublik, und auch in Wissenschaft, Kultur und Bildung schreitet die Zusammenarbeit zügig voran. Anders als etwa im Verhältnis Chinas zu den USA oder Japan sind die deutsch-chinesischen Beziehungen frei von wiederkehrenden Spannungen. Deutschland unterhält mit China als einzigem ostasiatischen Land seit 2011 regelmäßige Regierungskonsultationen. Zu Recht sprechen beide Seiten gerne von einer besonderen Beziehung.

Auf der anderen Seite sind die Unterschiede zwischen beiden Staaten und die Widersprüche ihrer Beziehung unübersehbar. Gerade in punkto Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bestehen allenfalls Ansätze einer gemeinsamen Wertebasis. Auch sind die politischen Gewichte zwischen der regionalen Mittelmacht Deutschland und der aufstrebenden Weltmacht China äußerst ungleich verteilt. Schließlich kann auch die Bedeutung der exzellenten wirtschaftlichen Beziehungen abnehmen, wenn sich China beim laufenden Umbau seiner Volkswirtschaft verstärkt um Kooperationen auf den Finanz- und Dienstleistungsmärkten bemüht und die Nachfrage nach deutscher Spitzentechnologie reduziert.

Entwicklungslinien und Handlungsfelder

Seit Bundesaußenminister Walter Scheel und sein chinesischer Amtskollege Ji Pengfei 1972 in Peking ihre Unterschriften unter das Abkommen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen setzten, entwickelte sich das beiderseitige Verhältnis mit anhaltender Dynamik. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit war von Beginn an der Motor dieser neuen Beziehung. Nach den Wirren der Mao-Jahre, gekennzeichnet durch

die forcierte Industrialisierung einer Agrargesellschaft, Hunger und der von 1966 bis 1976 wütenden Kulturrevolution, lag China wirtschaftlich am Boden. Reformen, die der darabenden Bevölkerung neue Perspektiven und der Kommunistischen Partei eine neue Legitimation bringen sollten, waren daher abhängig vom Zufluss ausländischen Know-hows und Kapitals. Eine Politik der Reformen ist ohne eine solche Öffnung nicht vorstellbar, und diese Kombination bildet seither die Grundlage für den chinesischen Aufstieg.

Dieser begann in der Volksrepublik mit Reformen in der Landwirtschaft und setzte sich dann in Kleinunternehmen und schließlich auch in der Großindustrie fort – es handelte sich um einen gigantischen Feldversuch ohne einen ausgearbeiteten Masterplan, bei dem Rückschläge vorprogrammiert waren. Soziale Ängste vor Preisfreigaben im Rahmen stärker marktwirtschaftlicher Ansätze führten in Verbindung mit Forderungen nach größeren individuellen Freiheiten zu wachsender Unzufriedenheit, die dann ab Mai 1989 in den Protesten auf dem Tiananmen-Platz kulminierten. Mit deren blutiger Niederschlagung durch das Militär am 4. Juni 1989 veränderte sich das Bild des reformfreudigen Chinas auch in Deutschland schlagartig. Die »chinesische Lösung« hing im Herbst 1989 als Schreckensbild über den friedlichen Revolutionen in der DDR und weiteren Warschauer-Pakt-Staaten.

Die umgehend seitens der Bundesrepublik verhängten Sanktionen hielten indes nicht lange. Der weltpolitische Umbruch, neue globale Herausforderungen und schließlich das sich in der 1992 ausgerufenen »sozialistischen Marktwirtschaft« einstellende explosionsartige Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft sorgten dafür, dass China zu einem immer wichtigeren Akteur wurde, der sein ökonomisches Gewicht zunehmend selbstbewusst in politischen Einfluss zu übersetzen wusste. Die westliche Staatenwelt – allen voran Japan und die USA – ging rasch den Weg zu einer weitestgehenden Normalisierung ihrer Beziehungen mit China. +

Einzig das nach der Tiananmen-Tragödie von der Europäischen Gemeinschaft verhängte Waffenembargo gegen die Volksrepublik ist noch in Kraft – nicht zuletzt auf amerikanischen Druck hin und durchaus gegen die Überzeugung deutscher Regierungen von Gerhard Schröder und Angela Merkel.

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung seit Beginn der Reformen ist vorrangig auf Chinas Fähigkeit zurückzuführen, konkurrenzfähige Industrieprodukte zu günstigen Preisen bereitzustellen. Deutschland, das schon früh zu einem der wichtigsten Handelspartner geworden war, nutzte diese Chance. Der deutschen Industrie kam von Beginn an eine Schlüsselrolle zu, weil die immer rascher expandierenden chinesischen Unternehmen gerne auf Spitzentechnologie »Made in Germany« zurückgriffen. 1984 begann Volkswagen als erstes deutsches Großunternehmen ein Joint Venture mit der *Shanghai Automotive Industries Corporation*. 30 Jahre später ist Deutschland mit mehr als 40 Milliarden Euro das Herkunftsland der umfangreichsten Direktinvestitionen in China. Aber auch die Verbrauchernachfrage nach deutschen Produkten (die gleichwohl zunehmend in der Volksrepublik selbst hergestellt werden) steigt kontinuierlich. In keinem Land verkaufen deutsche Autobauer so viele Fahrzeuge wie in China. Heute sind mehr als 5.000 deutsche Unternehmen nach Angaben des Auswärtigen Amtes in China präsent. Ihnen steht eine rasch wachsende Zahl (2014: rund 900) chinesischer Unternehmen in Deutschland gegenüber. Das deutsch-chinesische Handelsvolumen betrug 2014 rund 154 Milliarden Euro. Nach Frankreich und den Niederlanden war die Volksrepublik damit der dritt wichtigste Handelspartner Deutschlands, wobei die Bilanz – anders als bei den meisten anderen Industrienationen – fast ausgeglichen war.

Diese profunde wirtschaftliche Verflechtung ist mithin das tragende Fundament der deutsch-chinesischen Beziehungen, aber keineswegs das einzige wichtige Handlungsfeld. China ist das

einzigste Land in Ostasien, mit dem Deutschland regelmäßige Regierungskonsultationen unterhält. Das 2011 begonnene Programm führt seither die Regierungs- und Ressortchefs beider Länder zusammen. Anlässlich des Staatsbesuchs von Xi Jinping 2014 in Deutschland riefen beide Länder eine Innovationspartnerschaft ins Leben, die auf weitere Fortschritte beim wissenschaftlich-technologischen Austausch zielt. Seit Jahren bilden chinesische Studierende die größte ausländische Gruppe in Deutschland (2014 rund 28.000 Personen), und die Zahl deutscher Studierender in China (2014 rund 6.000) wächst ebenfalls kontinuierlich.

Nicht zuletzt bestehen auch im militärischen Bereich enge Beziehungen. Unbeschadet des fortbestehenden EU-Rüstungsembargos gegen China besuchen chinesische und deutsche Soldaten Lehrgänge und Ausbildungsmaßnahmen des Partnerlandes bis hinauf zu Generalstabslehrgängen. Das bilaterale Jahresprogramm ist durch rege gegenseitige Delegationsbesuche und Fachgespräche über die gesamte Breite der militärischen Aufgabenfelder gekennzeichnet. Die weitgehende Offenheit, mit der sich die Bundeswehr ihren Gästen aus China präsentiert, findet allerdings keine Entsprechung auf der chinesischen Seite. Die Volksbefreiungsarmee schottet sich traditionell nach außen ab und erlaubt nur eher restriktiv gesteuerte Einblicke in Strukturen, Aufträge und Arbeitsweisen.

Widersprüche und Unterschiede

Der Begriff einer »Umfassenden Strategischen Partnerschaft« impliziert, dass die daran beteiligten Länder sich über gemeinsame Ziele und Wege verständigt haben. Im politischen Bereich sollte ein gemeinsames Verständnis zumindest eines Sets grundlegender handlungsleitender Werte und Prinzipien gehören. Speziell auf dem Gebiet der Menschenrechte wie auch der rechtsstaatlichen Ordnung zeigen sich hier allerdings ebenso deutli-

che Unterschiede wie zwischen den politischen Systemen.

Zweifellos haben sich Politik und Gesellschaft in China unter dem Einfluss von Reform und Öffnung grundlegend und wohl auch irreversibel gewandelt; die chinesische Bevölkerung ist heute freier, informierter, individueller und selbstbewusster als zu jedem früheren Zeitpunkt in der Geschichte des Landes. Doch auch wenn die Volksrepublik den Ballast der kommunistischen Ideologie längst zugunsten einer pragmatischen Wirtschaftspolitik über Bord geworfen hat: China unterliegt weiter einem rigiden Einparteiensystem, dessen derzeitige Führung um Xi Jinping wieder verstärkt auf Repression und Kontrolle setzt, um gesellschaftliche Stabilität in Zeiten dramatischer Veränderungen aufrechtzuerhalten.

Zwar riefen bereits 1999 Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Zhu Rongji Dialogforen für die Felder Rechts-

Schriftsteller Liao Yiwu geht, zeigt die regierende Partei ebenso rigorose Härte wie im Umgang mit den unter separatistischem Generalverdacht stehenden Volksgruppen der Tibeter und Uiguren. Auch im Umgang mit Angeklagten und deren Anwälten oder mit Bürgern, die sich gegen Enteignungen für große Bauprojekte auflehnen, zeigt sich die Volksrepublik von rechtsstaatlichen Verhältnissen noch weit entfernt.

Die sich gerade hier zeigenden Widersprüche zwischen einer »wertegeleiteten Außenpolitik« und der engen pragmatischen Zusammenarbeit mit China bemühen sich deutsche Bundesregierungen mit dem Hinweis aufzulösen, dass Menschenrechte sehr wohl auf der Tagesordnung ihrer Gespräche in China stünden – aber im Interesse der Betroffenen nicht in der Öffentlichkeit geführt würden. Tatsächlich äußert sich gerade Bundeskanzlerin Merkel immer wieder in klaren Worten zur Menschenrechtssituation und trifft

Die weitgehende Offenheit der Bundeswehr findet keine Entsprechung auf der chinesischen Seite.

staat und Menschenrechte ins Leben, die bis heute fortbestehen und in deren Rahmen jährliche Expertentreffen stattfinden. Vor allem im zivilrechtlichen Bereich konnte Deutschland dabei erhebliche Fortschritte etwa hinsichtlich des Eigentums- und Investitionsschutzes mitbewirken. Hier zeigte sich jedoch auch ein vorrangiges Interesse Chinas, verlässlichere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen und Kapital zu gestalten.

Wenn es dagegen um das Schicksal von Dissidenten wie etwa dem inhaftierten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, dem Künstler Ai Weiwei oder den exilierten

sich während ihrer Besuche auch mit Oppositionellen. Die chinesische Führung ist, anders als früher, wiederum souverän genug, dies zuzulassen – wohl im Wissen, dass ihr diese eher symbolischen Gesten nicht schaden, sondern eher zur Imageverbesserung beitragen. Das Ausmaß der als »Wandel durch Handel« bewirkten Veränderungen im Rechtsstaats- und Menschenrechtsbereich dürfte sich jedoch in engen Grenzen halten. China gestaltet seine Politik der menschenrechtlichen Erleichterungen wie auch der Verschärfungen nach eigenen Kriterien.

Der Einfluss Deutschlands (wie auch der +

Europäischen Union, deren gleichgelagerte Dialogformate ebenfalls weitgehend von China dominiert werden) ist vor allem deshalb so begrenzt, weil das Machtgefälle zwischen den beiden Partnern riesig ist. Trotz seiner Wirtschaftskraft bleibt Deutschland eine Mittelmacht, deren weltpolitisches Gewicht begrenzt ist. Das Gehör, das insbesondere die Bundeskanzlerin in Peking findet, ist nicht vorrangig einer dort wahrgenommenen normativen Macht der Bundesrepublik geschuldet. Deutschlands Ansehen beruht vorwiegend auf seiner starken Position in der Europäischen Union, als deren Prokuristin die

Perspektiven deutscher Chinapolitik

So gut sich die deutsch-chinesischen Beziehungen darstellen, so sehr sollte sich Berlin seiner begrenzten Spielräume gegenüber der weiter wachsenden Großmacht bewusst sein. Die Bundesrepublik sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass China eine der wichtigsten Strategien echter Großmächte längst gut beherrscht: *divide et impera*. Wie schon lange im Verhältnis zu den USA zeigen sich die europäischen Staaten immer wieder anfällig für die Verlockung, in der direkten Zusammenarbeit mit einer Großmacht nationalen Nut-

Der deutsche Einfluss in China erscheint so eher als von Peking verliehen denn aus eigener Kraft generiert.

Kanzlerin mitunter gerne auftritt. Dies kann sich ändern, wenn etwa unter dem Druck der Flüchtlingskrise Berlins Führungsrolle in Frage gestellt wird.

Der deutsche Einfluss in China erscheint so eher als von Peking verliehen denn aus eigener Kraft generiert. Dies könnte umso mehr gelten, als auch die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands in dem Maße schwinden könnte, in dem China seine Volkswirtschaft von der bisherigen Fixierung auf industrielle Produktion weg- und zu den internationalen Finanz- und Dienstleistungsmärkten hinführt. Der von überaus größter Wertschätzung geprägte Empfang, den der britische Premier David Cameron dem chinesischen Staats- und Parteichef im Oktober 2015 am Finanzplatz London bereitete, zeigt, dass auch andere europäische Staaten ihre Vorzüge im Spiel um die Gunst Chinas herausstellen.

zen zu maximieren und dabei die Geschlossenheit europäischer Positionen aufs Spiel zu setzen. China, das sich von Vorstellungen einer EU als einem eigenständigen Pol in einer multipolaren Weltordnung längst verabschiedet hat, unterhält intensive bilaterale Beziehungen zu vielen EU-Staaten. Im Herbst 2015 reisten innerhalb von vier Wochen Xi Jinping ins Vereinigte Königreich und Kanzlerin Merkel sowie Frankreichs Staatspräsident François Hollande nach China, begleitet jeweils von großen Wirtschaftsdelegationen. Angesichts der Verflechtung der europäischen Wirtschaft etwa in Großkonzernen wie Airbus mag es auf den ersten Blick egal sein, bei welchen dieser Reisen größere Käufe unterzeichnet werden. Das Muster der vorrangig bilateralen Beziehungen sollte den Europäern gleichwohl zu denken geben.

In Deutschland und seinen Partnerstaaten in der EU sollte sich die Erkenntnis



Die Konkurrenz schläft nicht: Der britische Premier David Cameron empfängt Chinas Präsidenten Xi Jinping im Oktober 2015.

durchsetzen, dass ihre Selbstbehauptung gegenüber Mächten wie China (und den USA) nicht im nationalen Alleingang, sondern nur in der europäischen Einheit gelingen wird. Nationale Gewinne aus nicht-solidarischem Verhalten gibt es nur, solange die handelnden Staaten noch über die Möglichkeit verfügen, sich wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Ist diese ernsthaft geschwächt oder zerstört, sind die Einzelstaaten rasch dem Wohlwollen der die bilaterale Beziehung beherrschenden Macht ausgeliefert. Boni für nationales Wohlverhalten gibt es dann nicht mehr. Deutschland sollte demnach daher alles daran setzen, seine Politik gegenüber China wieder stärker zu europäisieren. Damit könnte europäischen Werten bei Menschenrechten und Rechtsstaat größerer Nachdruck verliehen werden, aber auch gemeinsamen Wirtschaftsinteressen.

Eine kohärente europäische Politik gegenüber China und Ostasien insgesamt erscheint auch deshalb erforderlich, weil

darum geht, zusammen mit den USA Krisen zwischen China und Japan oder in der Südchinesischen See vorzubeugen. Diese hätten gravierende Auswirkungen auf europäische Wirtschafts- und Handelsinteressen, ohne dass die Einzelstaaten dort Möglichkeiten zu einer wirklichen Einflussnahme hätten.

Auch mit Blick auf seine überaus gedeihlichen Beziehungen zu China sollte die deutsche Politik sich folglich künftig der Grundkonstante seiner Außenpolitik erinnern: Deutsche Interessen sind am besten im europäischen Kontext aufgehoben. •••

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis ist Deutscher Stellvertretender Dekan am George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen und lehrt Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der ADLAS erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling

c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Laura Brehme, Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Philipp Janssen (jap), Christian Koltrich (koll), Marcus Mohr (mmo) (V.i.S.d.P.), Sebastian Nieke (sn), Moritz Rudolph, Isabel-Marie Skierka (isk), Livianne Smukalla, Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: Marcus Mohr

Autoren: Gerhard Arnold, Heiko Biehl, Stephan Böckenförde, Sven Bernhard Gareis, Karl-Heinz Kamp, Björn Peter Kilian, Stefan M. Knoll, Winfried Nachtwei, Otfried Nassauer, Sylke Tempel, Thomas Wiegold

Danke: VdRBw, Marc Cieszewski und Wladlena Olesch

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. •••

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. •••

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik
www.adlas-magazin.de



Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
www.sicherheitspolitik.de

